



Mitteilungsblatt

der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin
Nr. 35/2009 vom 10. November 2009

Änderung der Zulassungs-, Studien- und Prüfungsordnung für den konsekutiven Masterstudiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ (MZO/MaNGo) des Fachbereichs III der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und des FB III der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

**Ordnung zur Durchführung eines Zulassungsverfahrens zur
Vergabe von Studienplätzen
für den konsekutiven Master-Studiengang
„Nonprofit-Management und Public Governance“ - MZO/MaNGo
an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW Berlin) und
an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin)**

vom 27.04.2009*

Gemäß § 74 Abs. 1 i.V.m. § 71 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz - BerlHG) i.d.F. vom 13. Februar 2003 (GVBl. S. 82), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2008 (GVBl. S. 208), i.V.m. § 8 Abs. 2 und 3 Berliner Hochschulzulassungsgesetz vom 29.05.2000 (GVBl. S. 327), zuletzt geändert am 06. Juli 2006 (GVBl. S. 713) die Gemeinsame Kommission des Fachbereichs 3 der HTW Berlin und des Fachbereichs 3 der HWR Berlin am 27.04.2009 die folgende Ordnung erlassen:*

Gliederung der Ordnung

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Auswahlkommission
- § 3 Zugangsvoraussetzungen
- § 4 Bewerbungsunterlagen
- § 5 Auswahlverfahren
- § 6 Durchführung des Auswahlverfahrens und Auswahlkriterien
- § 7 Zulassung
- § 8 In-Kraft-Treten/ Veröffentlichung

* bestätigt durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung am 08.06.2009

§ 1 Geltungsbereich

(1) Die Vorschriften dieser Ordnung regeln die Vergabe von Studienplätzen für das 1. Fachsemester im konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW Berlin) und der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) ab dem Wintersemester 2009/2010.

(2) Als Zulassungsordnung für den hochschulübergreifenden Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ ersetzt diese Ordnung die geltenden Rahmenordnungen.

(3) Diese Ordnung wird ergänzt durch die Studienordnung für den konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ (MStO/MaNGo) und die Prüfungsordnung für den konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ (MPO/MaNGo) in den jeweils gültigen Fassungen.

§ 2 Auswahlkommission

(1) Die Gemeinsame Kommission für die Studiengänge „Public Management“ und „Nonprofit-Management und Governance“ setzt eine Auswahlkommission ein. Der Auswahlkommission gehören an

- a) ein Professor oder eine Professorin der am Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ beteiligten Fachbereiche als Vorsitzender oder Vorsitzende,
- b) ein Professor oder eine Professorin der am Studiengang beteiligten Fachbereiche als Stellvertretung im Vorsitz,
- c) ein weiterer Professor oder eine weitere Professorin der am Studiengang beteiligten Fachbereiche,
- d) ein Studierender oder eine Studierende, der oder die im Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ oder im Bachelor-Studiengang „Public Management (Öffentliches Dienstleistungsmanagement)“ immatrikuliert ist,
- e) ein Mitglied aus dem Kreis der sonstigen Mitarbeiter, die als Angehörige der Fachbereichsverwaltung oder der zentralen Hochschul- bzw. Prüfungsverwaltung Verwaltungsaufgaben wahrnehmen, die sich ganz oder teilweise auf den Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ beziehen.

(2) Die Auswahlkommission entscheidet über das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen gem. § 3 und führt das Auswahlverfahren gem. § 5 durch. Sie schlägt der Zulassungsstelle der HWR Berlin die zu immatrikulierenden Bewerber und Bewerberinnen vor. Die Auswahlkommission wird bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, insbesondere bei der Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen nach § 3, von der zuständigen Stelle der Hochschulverwaltung der HWR Berlin unterstützt.

§ 3 Zugangsvoraussetzungen

Zulassungsvoraussetzungen sind:

- a) ein erfolgreich abgeschlossenes Studium mit einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss

-in dem Bachelor-Studiengang „Public Management (Öffentliches Dienstleistungsmanagement)“ und vergleichbaren Studiengängen, insbesondere in den Bachelor-Studiengängen

- „Öffentliche Betriebswirtschaftslehre/Public Management“ der Fachhochschule Nordhausen,
- „Öffentliches Management“ der Fachhochschule Osnabrück,
- „Public Management“ der Fachhochschule Frankfurt am Main,
- „Public Management“ der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg,
- „Public Management & Governance (PMG)“ der Zeppelin University,
- „Sozialmanagement“ der Fachhochschule im Deutschen Roten Kreuz e.V.,
- „Sozialmanagement“ der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven,

oder

- in dem Diplom-Studiengang „Öffentliches Dienstleistungsmanagement (Public Management)“ und vergleichbaren Studiengängen oder
- in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang mit Bezug zum Dritten Sektor (insbesondere Bachelor- und Diplomstudium mit institutionellem Schwerpunkt im Dritten oder öffentlichen Sektor wie das Bachelor-Studium „Economics (VWL)“ der HWR Berlin), oder
- in einem gleichwertigen ausländischen Studiengang.

In Ausnahmefällen werden zugelassen

- Absolventen und Absolventinnen betriebswirtschaftlicher Studiengänge ohne einschlägigen Schwerpunkt im Dritten oder öffentlichen Sektor (Bachelor- oder Diplomstudium),
 - Absolventen und Absolventinnen sozialwissenschaftlicher, rechtswissenschaftlicher oder verwaltungswissenschaftlicher Studiengänge (Bachelor- oder Diplomstudium) mit einschlägigem Schwerpunkt im Dritten oder öffentlichen Sektor oder
 - Absolventen und Absolventinnen eines Studiengangs ohne betriebswirtschaftlichen Bezug, wenn sie über einschlägige berufspraktische Erfahrungen aus der Tätigkeit in Nonprofit-Organisationen, im öffentlichen Sektor oder in privatwirtschaftlichen Unternehmen, die selbst öffentliche Aufgaben wahrnehmen oder als Dienstleister für Träger öffentlicher Aufgaben tätig sind, verfügen,

wenn sie mit den Ergebnissen einschlägiger Studienfächer oder –module oder anhand einschlägiger berufspraktischer Tätigkeiten eine überdurchschnittliche fachspezifische Eignung und Motivation nachweisen.

- b) ein Nachweis, dass im vorangegangenen Bachelor-Studium oder einem vergleichbaren Studium mindestens 180 ECTS-Leistungspunkte oder gleichwertige Studienleistungen erworben wurden,
- c) Kenntnisse der englischen Sprache, nachgewiesen durch den erfolgreichen Abschluss des Kurses „Business English Mittelstufe 3“ oder eines äquivalenten Kurses auf der Niveaustufe B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für fremdsprachliche Kompetenz („GER B2“),
- d) ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache. Soweit Deutsch nicht Muttersprache ist, werden ausreichende Sprachkenntnisse nachgewiesen durch das Bestehen der deutschen Sprachprüfung für den Hochschulzugang oder gleichwertige Nachweise.

§ 4 Bewerbungsunterlagen

(1) Die Bewerbung für den konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ bedarf der Schriftform. Der Bewerbung sind beizufügen:

- a) ein ausgefüllter Zulassungsantrag der HWR Berlin,
- b) eine Kopie des Abschlusszeugnisses mit Nachweis der Durchschnittsnote des ersten berufsqualifizierenden Studiums,
- c) eine tabellarische Übersicht über die bisherige akademische Ausbildung sowie über berufspraktische Tätigkeiten,
- d) eine Kopie des Personaldokumentes/Reisepasses (Identitätsnachweis),
- e) Nachweise über einschlägige berufspraktische Tätigkeiten, insbesondere Praktika, Berufsausbildungen oder eine vor dem Master-Studium erfolgte Berufstätigkeit in Nonprofit-Organisationen, im öffentlichen Sektor oder in privatwirtschaftlichen Unternehmen, die selbst öffentliche Aufgaben wahrnehmen oder als Dienstleister für Träger öffentlicher Aufgaben tätig sind.

f) Nachweise über sonstige Prüfungsleistungen, die im Rahmen des ersten berufsqualifizierenden Studiums oder eines vergleichbaren Studiums erbracht wurden, zur Prüfung der Ausnahmefälle gem. § 3 Ziff. a).

(2) Bewerbungen müssen bis zum 15. Juli des jeweiligen Jahres vollständig bei der zuständigen Stelle in der Hochschulverwaltung der HWR Berlin eingereicht werden. Die Bewerbungsunterlagen sowie die in Abs. 1 geforderten Nachweise sind jeweils im Original oder in amtlich beglaubigter Kopie beizufügen.

§ 5 Auswahlverfahren

Sofern für den Studiengang eine Zulassungszahl festgesetzt ist, richtet sich die Zulassung nach den folgenden Regelungen.

(1) Die Vergabe von Studienplätzen im konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ erfolgt nach folgenden Auswahlkriterien, die zu einer Messzahl zusammengefasst werden:

- a) Grad der im ersten akademischen Hochschulabschluss ausgewiesenen Qualifikation (Durchschnittsnote) als Faktor X1,
- b) Nachweis zusätzlicher berufspraktischer Erfahrungen/Qualifikationen mit Bezug zu den Programminhalten des Master-Studiengangs „Nonprofit-Management und Public Governance“ als Faktor X2.

(2) Die Auswahl der Bewerber oder Bewerberinnen erfolgt aufgrund einer Rangfolge, die sich aus den Ergebnissen der Kriterien des Abs. 1 gemäß der Formel $X = 0,6 (X1) + 0,4 (X2)$ ergibt. Ergibt die so errechnete Maßzahl für Bewerberinnen und Bewerber einen identischen Wert, ist das Verfahren bei Ranggleichheit nach §17 der Berliner Hochschulzulassungsverordnung anzuwenden.

(3) Der Anteil für das Auswahlverfahren gemäß Abs. 2 beträgt 80 v.H. Die übrigen 20 v.H. Studienplätze werden nach Wartezeit vergeben.

(4) Im Rahmen der 20 v.H. nach Wartezeit zu vergebenden Studienplätze können bis zu 5 v.H. der Studienplätze für Härtefälle vergeben werden.

§ 6 Durchführung des Auswahlverfahrens und Auswahlkriterien

(1) Die Bewertung der Qualifikation (Durchschnittsnote) erfolgt

Kriterium	Punkte/Messzahl
Durchschnittsnote von 1,0	25
Durchschnittsnote von 1,1 bis 1,5	20
Durchschnittsnote von 1,6 bis 2,5	10
Durchschnittsnote von 2,6 bis 3,5	4
Durchschnittsnote ab 3,6	0

(2) Die Bewertung der berufspraktischen Erfahrungen mit Bezug zu den Programminhalten des Master-Studienganges „Nonprofit-Management und Public Governance“ wird durch die Auswahlkommission geprüft:

Kriterium	Punkte/Messzahl
Mind. 3-jährige einschlägige berufliche Tätigkeit	25
Mind. 2-jährige einschlägige berufliche Tätigkeit	20
Mind. 1-jährige einschlägige berufliche Tätigkeit	10
Mind. 6-monatige einschlägige berufliche Tätigkeit	5

§ 7 Zulassung

(1) Im Zulassungsbescheid bestimmt die HWR Berlin einen Termin, bis zu dem der Bewerber oder die Bewerberin die Einschreibung vorzunehmen hat. Erfolgt die Einschreibung nicht bis zu diesem Termin, wird der Zulassungsbescheid unwirksam.

(2) Bewerber oder Bewerberinnen, die nicht zum Studium für den Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ zugelassen werden, erhalten einen Ablehnungsbescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen ist.

§ 8 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Mitteilungsblatt der HTW Berlin und dem Mitteilungsblatt der HWR Berlin mit Wirkung zum 01.10.2009 in Kraft.

**Studienordnung
für den konsekutiven Master-Studiengang
„Nonprofit-Management und Public Governance“ - MStO/MaNGo
an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW Berlin) und
an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin)**

vom 27.04.2009

Gemäß § 74 Abs. 1 i.V.m. § 71 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz - BerlHG) i.d.F. vom 13. Februar 2003 (GVBl. S. 82), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2008 (GVBl. S. 208), hat die Gemeinsame Kommission des Fachbereichs 3 der HTW Berlin und des Fachbereichs 3 der HWR Berlin am 27.04.2009 die folgende Studienordnung beschlossen:

Gliederung der Ordnung

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Aufnahmekapazität, Vergabe von Studienplätzen
- § 3 Ziele des Studiums
- § 4 Lehrveranstaltungen in englischer Sprache
- § 5 Inhalt und Gliederung des Masterstudiums, Regelstudienzeit
- § 6 Art und Umfang des Lehrangebotes, Studienorganisation
- § 7 Modulbeauftragter, Modulbeauftragte
- § 8 Studienfachberatung
- § 9 Studierende in besonderen Situationen
- § 10 Qualitätssicherung und -entwicklung
- § 11 In-Kraft-Treten/Veröffentlichung

Anlagen der Ordnung

- Anlage 1 Beschreibung der Module des Studiengangs „Nonprofit-Management und Public Governance“
- Anlage 1A Module der Niveaustufe 2b mit notwendigen Voraussetzungen
- Anlage 2 Studienplanübersicht

Die Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW Berlin) und die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) führen in Kooperation einen gemeinsamen betriebswirtschaftlichen Studiengang durch, der vornehmlich für die Wahrnehmung von Management-Aufgaben in Nonprofit-Organisationen als Träger öffentlicher Aufgaben qualifizieren soll.

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Studienordnung gilt für alle Studierenden, die ab dem 01.10.2009 an der HTW und HWR Berlin im konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ immatrikuliert werden.

(2) Als Studienordnung für den hochschulübergreifenden Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ ersetzt diese Studienordnung geltende Rahmenstudienordnungen.

(3) Die Studienordnung wird ergänzt durch die Prüfungsordnung für den konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ (MPO/MaNGo) und die Ordnung zur Durchführung eines Zulassungsverfahrens zur Vergabe von Studienplätzen für den konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ (MZO/MaNGo) in den jeweils gültigen Fassungen.

§ 2 Aufnahmekapazität, Vergabe von Studienplätzen

(1) Die Vergabe von Studienplätzen richtet sich nach dem Berliner Hochschulgesetz, dem Berliner Hochschulzulassungsgesetz und der Berliner Hochschulzulassungsverordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung sowie der Zugangs- und Zulassungsordnung für den konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ (MZO/MaNGo) in der jeweils gültigen Fassung.

(2) Der Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ ist konsekutiv zum Bachelor-Studiengang „Public Management (Öffentliches Dienstleistungsmanagement)“.

(3) Zum Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ kann regulär zugelassen werden,

- a) wer den erfolgreichen Abschluss eines ersten akademischen Grades mit mindestens 180 Leistungspunkten nachweist,
- b) den ersten akademischen Grad in einem Bachelor-Studiengang Public Management erworben hat oder wer ein Bachelor- oder Master degree oder ein Hochschuldiplom in einem vergleichbaren wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang nachweist.

Über die Vergleichbarkeit der Studiengänge entscheidet die Auswahlkommission gemäß der Ordnung zur Durchführung eines Zulassungsverfahrens zur Vergabe von Studienplätzen für den konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“.

(4) Sofern für den Studiengang eine Zulassungszahl festgesetzt ist, werden die zur Verfügung stehenden Studienplätze über Auswahlverfahren entsprechend der Ordnung zur Durchführung eines Zulassungsverfahrens zur Vergabe von Studienplätzen für den konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ vergeben. Die Anzahl der Studienplätze wird in den Zulassungsordnungen der Hochschulen festgelegt.

§ 3 Ziele des Studiums

(1) Mit dem Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ soll ein Beitrag zur Professionalisierung des Managements im Dritten Sektor geleistet werden. Das Studium soll die Studierenden unter Berücksichtigung der Veränderungen in der Berufswelt und im gesellschaftlichen Umfeld auf berufliche Tätigkeiten vorbereiten und ihnen die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden so vermitteln, dass sie zum wissenschaftlichen Arbeiten, zur Anwendung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse im Beruf, zu kritischem Denken und zu verantwortlichem Handeln befähigt werden.

(2) Die Studierenden sollen eine wirtschaftswissenschaftlich ausgerichtete Ausbildung erhalten, die sie befähigt, operative und strategische Fach- und Führungsaufgaben kompetent und verantwortlich auszuüben. Das Berufsfeld umfasst in erster Linie gemeinnützige, kirchliche und andere Nonprofit-Organisationen als Träger öffentlicher Aufgaben, daneben öffentliche Verwaltungen und öffentliche sowie private Unternehmen mit Bezug zum Dritten Sektor.

(3) Im Einzelnen wird angestrebt, folgende Qualifikationen weiterzuentwickeln:

- fachliche Kompetenz (anwendungsorientierte Problemlösungsfähigkeit auf wissenschaftlich-methodischer Basis);
- kognitive Kompetenz (logisches, abstraktes und konzeptionelles Denken; Fähigkeit zur Wissensvernetzung und Wissensanwendung disziplinärer Inhalte in einem interdisziplinären Umfeld; Transferfähigkeit);
- methodische Kompetenz (methodisch-didaktische Fähigkeiten; kritisches Methodenbewusstsein);
- Forschungskompetenz (Fähigkeit zu selbstständigem wissenschaftlichen Arbeiten);
- soziale Kompetenz (Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit; Team-, Durchsetzungsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft);
- berufsfeldorientierte Schlüsselqualifikationen (als Bestandteil der studiengangsspezifischen Sozialisation und als integrales und identitätsstiftendes Merkmal des Studiengangs);
- Aufgeschlossenheit für Veränderungen (intellektuelle Neugierde, Eigeninitiative, Ziel- und Ergebnisorientierung);
- Sensibilität für das „Öffentliche“ der Tätigkeit und das Spannungsverhältnis von Mission und Ökonomie (gesellschaftliche, politische und gemeinwohlorientierte Interessen; besondere Anforderungen an die Integrität im Dritten Sektor).

§ 4 Lehrveranstaltungen in englischer Sprache

Lehrveranstaltungen oder auch Teile davon können in englischer Sprache durchgeführt werden.

§ 5 Inhalt und Gliederung des Masterstudiums, Regelstudienzeit

(1) Das Masterstudium hat eine Dauer von 4 Semestern (Regelstudienzeit).

(2) Das Masterstudium ist entsprechend Anlage 1 modularisiert. Module sind inhaltlich zusammengefasste Einheiten des Studiums, deren erfolgreichen Abschluss der/die Studierende durch eine bestandene Modulprüfung nachweisen muss. Ein Modul besteht aus einer Unit.

(3) Anlage 1 enthält eine Kurzbeschreibung der Module, die Teil dieser Studienordnung ist. Die ausführliche Beschreibung der Module erfolgt in dem Dokument „Modulbeschreibung für den Studiengang 'Nonprofit-Management und Public Governance' – Master of Arts (M.A.)“. Die jährliche Workload für den Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ beträgt 1.800 Arbeitsstunden.

(4) Das Studium schließt mit dem erfolgreichen Abschluss aller Module sowie nach erfolgreicher Masterarbeit und erfolgreicher mündlicher Masterprüfung im Rahmen des Masterseminars ab, das zu Beginn des 4. Studienplansemesters als Blockveranstaltung durchgeführt wird. Die Anfertigung der Masterarbeit umfasst 25 Leistungspunkte (ECTS), das Masterseminar und die mündliche Masterprüfung umfassen 5 Leistungspunkte (ECTS).

§ 6 Art und Umfang des Lehrangebotes, Studienorganisation

(1) Das Studium im konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ beginnt jeweils im Wintersemester.

(2) Das Studium wird im Einzelnen nach dem Studienplan gemäß Anlage 2 sowie den Modulbeschreibungen gemäß Anlage 1 durchgeführt. Anlage 2 enthält die Modul-Bezeichnungen, die Präsenzzeit und den Anteil des Selbststudiums der Lehrveranstaltungen (in SWS bzw. in Zeitstunden), die Workload sowie die zu

Grunde liegende Lernzeit in zu vergebenden Leistungspunkten (ECTS) der Module. Die Anlage 1A enthält die Module der Niveaustufe 2b mit notwendigen Voraussetzungen.

(3) Die Lehrinhalte des Studienplans sollen regelmäßig den wissenschaftlichen, didaktischen und praktischen Bedürfnissen im Berufsfeld angepasst werden.

§ 7 Modulbeauftragte, Modulbeauftragter

(1) Die Gemeinsame Kommission für die Studiengänge „Public Management“ und „Nonprofit-Management und Public Governance“ bestimmt für jedes Modul einen Modulbeauftragten oder eine Modulbeauftragte aus dem Kreis der Professoren und Professorinnen der HTW Berlin und der HWR Berlin. Der Modulbeauftragte oder die Modulbeauftragte ist Ansprechpartner bzw. Ansprechpartnerin für die Gemeinsame Kommission, die Fachbereichsverwaltungen sowie für Lehrkräfte und Studierende in allen Fragen des betreffenden Moduls.

(2) Der Modulbeauftragte oder die Modulbeauftragte nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Entwicklung und Aktualisierung des Moduls im Zusammenwirken mit den übrigen Lehrkräften;
- Sicherstellung der ganzheitlichen Modulprüfung;
- inhaltliche Abstimmung des Studienangebotes sowie Sicherung einer angemessenen Einbindung von Inhalten des Moduls in Fall- und Projektstudien sowie in das Masterseminar;
- Beratung und Unterstützung der Gemeinsamen Kommission und der Fachbereichsverwaltung bei der Planung und Steuerung des Einsatzes von Lehrkräften, insbesondere von Lehrbeauftragten;
- Betreuung und Beratung der im Modul tätigen Lehrkräfte im laufenden Lehrbetrieb.

§ 8 Studienfachberatung

Die Studienfachberatung unterstützt die Studierenden im Studium durch eine studienbegleitende, fachspezifische Beratung insbesondere über Studienmöglichkeiten und Studientechniken, über Gestaltung, Aufbau und Durchführung des Studiums und der Prüfungen. Die Organisation der Studienfachberatung obliegt der Gemeinsamen Kommission.

§ 9 Studierende in besonderen Situationen

Die Gemeinsame Kommission achtet darauf, dass sich die Situation schwangerer Studierender, Studierender mit Kindern, Studierender, die pflegebedürftige Angehörige pflegen, sowie schwerbehinderter Studierender nicht nachteilig auf das Studium und den Studienabschluss auswirken.

§ 10 Qualitätssicherung und -entwicklung

Die Qualität des Studiengangs wird im Rahmen einer Selbstevaluation auf der Grundlage von Beschlüssen der Gemeinsamen Kommission regelmäßig überprüft und weiterentwickelt.

§ 11 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Mitteilungsblatt der HTW Berlin und dem Mitteilungsblatt der HWR Berlin mit Wirkung zum 01.10.2009 in Kraft.

Anlage 1 zur Studienordnung für den Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“

Modulübersicht

Modul

(M 01) Funktionen und Strukturen des Dritten Sektors in internationaler Perspektive

(M 02) Theoretische Grundlagen der Public Governance

(M 03) Politikfeldanalyse

(M 04) Business Planning

(M 05) Recht für Nonprofit-Manager

(M 06) Forschungsmethoden

(M 07) Corporate Governance

(M 08) Personalmanagement und Führung

(M 09) Marketing und Fundraising

(M 10) Controlling

(M 11) Organisations- und Change Management

(M 12) Fallstudie

(M 13) Interorganisationales Management

(M 14) Lobbying und Politische Kommunikation

(M 15) Rechnungslegung und Finanzmanagement

(M 16) Verbandsmanagement

(M 17) Stiftungsmanagement

(M 18) Projektstudie

(M 19) Masterarbeit

(M 20) Masterseminar/Mündliche Masterprüfung

Modulbeschreibungen

Name	(M 01) Funktionen und Strukturen des Dritten Sektors in internationaler Perspektive
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre
Niveaustufe/ Kategorie	2a
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - sind mit den wichtigsten theoretischen und konzeptionellen Grundlagen des Dritten Sektors vertraut und können die Theorieansätze der Dritter Sektor-Forschung, auch vor dem Hintergrund der Theorieentwicklung in den Sozialwissenschaften, einordnen und problembezogen anwenden, - kennen den historischen Hintergrund sowie die Rahmenbedingungen des Dritten Sektors und haben einen Einblick in die Struktur des Dritten Sektors in ausgewählten Ländern gewonnen, so dass sie in der Lage sind, Funktionen und Entwicklungsperspektiven von Dritter Sektor-Organisationen im nationalen und internationalen Kontext einzuschätzen und Ansätze zur Reform des Dritten Sektors kritisch zu beurteilen, - kennen Erscheinungsformen und Strukturbesonderheiten von Nonprofit-Organisationen sowie deren spezifische Managementanforderungen und können diese gegenüber Fachfremden und kritischen Einwänden in differenzierter Weise argumentativ vertreten, - sind in der Lage, selbstständig das erworbene Wissen in einen modul- und fächerübergreifenden inhaltlichen Zusammenhang zu den nachfolgenden und vertiefenden Modulen zum Nonprofit-Management zu stellen und vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen ganzheitliche Lösungsansätze für theoretische und praktische Problemstellungen aus dem Nonprofit-Sektor zu entwickeln.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	keine

Name	(M 02) Theoretische Grundlagen der Public Governance
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Politik- und Verwaltungswissenschaft
Niveaustufe/ Kategorie	2a
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kennen die im wissenschaftlichen Diskurs vorherrschenden Ansätze der Public Governance, - können Public Governance in verwaltungs- und politikwissenschaftliche Zusammenhänge einordnen, - können die analytische und die normative Dimension von Public Governance und deren Bedeutung für den öffentlichen und Dritten Sektor unterscheiden, - kennen die sich aus der Public Governance ergebenden Konsequenzen für eine neue Arbeitsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, - sind mit den Steuerungsmodi und Handlungsinstrumenten der Public Governance vertraut, - haben gelernt, das erworbene theoretische Wissen über Public Governance für die Analyse und Entwicklung von Nonprofit-Organisationen zu nutzen, - sind in der Lage, die theoretischen und praktischen Verbindungen zwischen Public Governance und der Staats- und Verwaltungsmodernisierung zu erkennen.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	keine

Name	(M 03) Politikfeldanalyse
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Politikwissenschaft
Niveaustufe/ Kategorie	2a
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kennen die wichtigsten begrifflichen, theoretischen, konzeptionellen und methodischen Grundlagen der Politikfeldanalyse, - kennen die Rolle von Nonprofit-Organisationen und anderen Akteuren in der Politik-Arena und deren Interaktionsformen und begreifen den prozesshaften Charakter von Politikentwicklung, - haben einen Überblick gewonnen über die zur Artikulation und Durchsetzung von Interessen zur Verfügung stehenden Instrumente, - kennen politische Steuerungsinstrumente und können deren Wirkung beurteilen, auch unter Aspekten von Definitions- und Durchsetzungsmacht, - haben methodische Kompetenzen erworben, die sie befähigen, Politikentwicklung selbstständig zu analysieren, zu beurteilen und problemorientierte Lösungsansätze im Sinne einer Politikberatung zu entwickeln, - sind im Stande, Instrumente der Politikfeldanalyse selbstständig insbesondere auf solche Politikfelder anzuwenden, die für Organisationen des Dritten Sektors relevant sind (Transfer).
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	keine

Name	(M 04) Business Planning
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre
Niveaustufe/ Kategorie	2a
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kennen die grundlegenden Schritte eines Business Planning, Aufbau und Struktur eines Business Plans sowie die damit verbundenen Inhalte und Leitfragen im Kontext der Eigenmittelerwirtschaftung von Nonprofit-Organisationen, - können Sinn und Ziele von Nonprofit-Organisationen auch gegenüber Fachfremden und kritischen Einwänden, bspw. bei der Beantragung von Förder- und Kreditmitteln, in differenzierter Weise argumentativ vertreten und in das Organisationskonzept integrieren, - sind in der Lage, selbstständig das erworbene theoretische Wissen bei der Konzeption von Business Plänen im praktischen Fall anzuwenden, - haben einen Einblick in die Handlungsfelder sozialen Unternehmertums (Social Entrepreneurship) erhalten und können Geschäftsmodelle für NPO vor diesem Hintergrund einschätzen und selbst entwickeln, - sind in der Lage, selbstständig modul- und fächerübergreifende inhaltliche Zusammenhänge zu den nachfolgenden, die einzelnen Elemente eines Business Plans aufgreifenden und vertiefenden Modulen herzustellen.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	keine

Name	(M 05) Recht für Nonprofit-Manager
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Rechtswissenschaften
Niveaustufe/ Kategorie	2a
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kennen für Nonprofit-Organisationen relevante Rechtgrundlagen und die aktuelle Rechtsprechung in verschiedenen Rechtsgebieten, - können die aktuelle Reformdiskussion in den Zusammenhang des Nonprofit-Rechts einordnen und politisch bewerten, - kennen Haftungsrisiken, denen sie bei der Arbeit in Nonprofit-Organisationen ausgesetzt sind, und Möglichkeiten sie zu versichern, - kennen die Grundlagen der steuerlichen Gemeinnützigkeit und die mit dem Status der gemeinnützigen Einrichtung verbundenen Privilegien und Einschränkungen im Hinblick auf steuerfreie und steuerpflichtige Einkommenserzielung, - kennen die Grundlagen des Zuwendungsrechts öffentlicher Förderung sowie dessen praktische Konsequenzen für Zuwendungsgeber und -empfänger und können Anträge auf Förderung und Verwendungsnachweise ausfertigen, - kennen die Rechtsgrundlagen haupt- und ehrenamtlicher Arbeit und können einschlägige Verträge beurteilen und gestalten, - können die Zulässigkeit internationaler Tätigkeit von Nonprofit-Organisationen beurteilen und Gestaltungsempfehlungen geben, - sind in der Lage, sich flexibel in unterschiedliche Rechtsgebiete einzuarbeiten, - sind mit der Denk- und Arbeitsweise von Juristen vertraut, um mit ihnen im nonprofit-relevanten Kontext kommunizieren zu können, - haben ihre analytischen Fähigkeiten geschult.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	keine

Name	(M 06) Forschungsmethoden
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Methoden
Niveaustufe/ Kategorie	2a
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kennen die wichtigsten quantitativen und qualitativen Methoden der Sozial- und Organisationsforschung und sind in der Lage, ausgewählte Methoden selbstständig anzuwenden, - kennen die wichtigsten wissenschaftstheoretischen und methodologischen Grundlagen, um eigene Forschungsstrategien entwickeln und selbstständig adäquate Forschungsmethoden für die Lösung von Forschungsproblemen auf dem Gebiet „Nonprofit-Management und Public Governance“ auswählen zu können, - sind in der Lage ethische Fragen und Fragen der politischen und gesellschaftlichen Relevanz von Forschung zu identifizieren und zu reflektieren.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	keine

Name	(M 07) Corporate Governance
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre
Niveaustufe/ Kategorie	2a
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kennen die unterschiedlichen Typen von Unternehmensverfassungen, - sind in der Lage, die Notwendigkeit eines Code of Corporate Governance zu erkennen, - können die Vor- und Nachteile der international gebräuchlichen Kodizes vergleichend analysieren, - sind mit der aktuellen Corporate-Governance-Diskussion in Unternehmen und Nonprofit-Organisationen vertraut, - kennen die Modelle zur Beschreibung von Governance-Strukturen in Nonprofit-Organisationen, - können die Modelle unterschiedlichen Typen von Nonprofit-Organisationen zuzuordnen, - können die Nonprofit-Governance-Diskussion in die allgemeine Governance-Diskussion einordnen.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	keine

Name	(M 08) Personalmanagement und Führung
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre
Niveaustufe/ Kategorie	2b
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - sind mit den personalpolitischen Besonderheiten von Nonprofit-Organisationen vertraut und können die bedeutende Ressource der Freiwilligenarbeit für Organisationen des Nonprofit-Sektors einschätzen, - kennen die wichtigsten Theorien des Personalmanagement (Human Resource Management) und sind in der Lage, die Bedeutung theoretischer Ansätze für Nonprofit-Organisationen zu reflektieren, - verfügen über fundierte Kenntnisse über personalpolitische Instrumente in Nonprofit-Organisationen, - kennen die Qualifikationsanforderungen an Managerinnen und Manager im Dritten Sektor, - verfügen über praxisrelevantes Wissen für die Reflexion, das Verständnis und die Lösung von Problemen des Führens und des Geführt-werdens unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen hierfür in Nonprofit-Organisationen (Führungs- und Personalstrukturen, Organisationskultur etc.).
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	M 05 Recht für Nonprofit-Manager

Name	(M 09) Marketing und Fundraising
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre
Niveaustufe/ Kategorie	2b
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kennen die wichtigsten theoretischen und konzeptionellen Grundlagen des strategischen und operativen Nonprofit-Marketing, so dass sie in der Lage sind, vorgefundene Praxislösungen aus fachlicher Perspektive zu hinterfragen und differenziert zu beurteilen, - haben einen Einblick in die Einsatzmöglichkeiten von Informations- und Kommunikationstechnologien für das Nonprofit-Marketing gewonnen, - haben gelernt, Marketing-Strategien und -Instrumente auf das Fundraising und das Absatzmarketing, insbesondere auf die Kommunikationspolitik in NPO zu übertragen und sind im Stande, selbstständig Handlungsempfehlungen für Praxisprobleme zu erarbeiten und Lösungsstrategien zu entwickeln, - sind in der Lage, die Implementierung des Marketing in einer NPO aus betriebswirtschaftlicher Sicht gestaltend zu begleiten, - sind befähigt, sich selbstständig weiterführendes Wissen auf dem Gebiet des Nonprofit-Marketing und Fundraising zu erarbeiten.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	M 01 Funktionen und Strukturen des Dritten Sektors in internationaler Perspektive M 04 Business Planning M 05 Recht für Nonprofit-Manager

Name	(M 10) Controlling
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre
Niveaustufe/ Kategorie	2b
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kennen die wichtigsten begrifflichen, theoretischen und konzeptionellen Grundlagen des Controllings, so dass sie in der Lage sind, vorgefundene Lösungen in der Controlling-Praxis im Dritten Sektor aus fachlicher Perspektive zu hinterfragen, differenziert zu beurteilen und realisierungsfähige Verbesserungsvorschläge bzw. Vorschläge für eine Implementierung zu unterbreiten, - sind mit den besonderen Spezifika des Controllings in Nonprofit-Organisationen vertraut, kennen die daraus resultierenden Unterschiede zu erwerbswirtschaftlichen Controlling-Systemen und Controlling-Instrumenten und können in der praktischen Anwendung Adaptionen- und Anpassungsbedarfe proaktiv in die Gestaltung des Controllings in Nonprofit-Organisationen einbringen, - sind in der Lage, selbstständig das im Modul Controlling erworbene Wissen in einen modul- und fächerübergreifenden inhaltlichen Zusammenhang, bspw. zum Qualitätsmanagement oder Rechnungslegung und Finanzmanagement zu stellen und ganzheitliche Lösungsansätze für theoretische und praktische Problemstellungen aus dem Nonprofit-Sektor zu entwickeln, - sind sensibilisiert für Verbesserungspotentiale und Bedarfe im Controlling von Nonprofit-Organisationen und können diese auch gegenüber Fachfremden und kritischen Einwänden in differenzierter Weise argumentativ vertreten.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	(M 04) Business Planning

Name	(M 11) Organisations- und Change Management
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre
Niveaustufe/ Kategorie	2a
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - sind mit den organisatorisch relevanten Besonderheiten von Nonprofit-Organisationen vertraut, - kennen die wichtigsten Organisationstheorien, - sind in der Lage, die Relevanz organisationstheoretischer Ansätze für Nonprofit-Organisationen einzuschätzen und können ausgewählte organisationstheoretische Ansätze zur Analyse und Gestaltung von Nonprofit-Organisationen anwenden, - können Entwicklungen im öffentlichen Organisationsrecht in ihren Auswirkungen auf den Dritten Sektor abschätzen, - sind in der Lage, Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe in Nonprofit-Organisationen zu analysieren und Veränderungsbedarfe zu identifizieren, - sind befähigt, prozessorientiert zu denken, moderne Informationstechnik als Organisationsgestaltungstechnik zu begreifen und in Nonprofit-Organisationen sinnvoll einzusetzen, - kennen die unterschiedlichen theoretischen Zugänge und Perspektiven zur Analyse, Gestaltung und Steuerung von Prozessen des „organisationalen Lernens“, - sind mit den spezifischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für Veränderungsprozesse im Nonprofit-Bereich vertraut, - sind befähigt, situationsadäquate Veränderungsstrategien zu entwickeln und in den komplexen Modernisierungsprozessen von Nonprofit-Organisationen die Rolle von „Change Agents“ wirksam wahrzunehmen.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	keine

Name	(M 12) Fallstudie
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre, ggf. Rechts-, Politik-, Verwaltungswissenschaften
Niveaustufe/ Kategorie	2b
Lernergebnis/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - verstehen komplexe Prozesse, die mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben verbunden sind und können Teilaspekte in einen größeren Kontext einordnen, - sind in der Lage, selbständig modul- und fächerübergreifende inhaltliche Zusammenhänge herzustellen, - können ihr in anderen Modulen erworbenes Fach- und Methodenwissen auf unbekannte Sachverhalte transferieren und integrieren, - können eine vielschichtige Problemstellung erkennen, die Relevanz von Teilaspekten abwägen und selbstständig Lösungen erarbeiten, - sind im Stande, selbstständig Informationen zur Lösung von Praxisproblemen zu recherchieren und zu verarbeiten, - verfügen über Fähigkeiten zur Problemanalyse und –lösung durch „forschendes Lernen“, - können Komplexität durch analytisches Denken, Selektion und systematisches Vorgehen besser bewältigen, - sind in der Lage, sowohl vorgegebene Lösungsvorschläge kritisch zu bewerten als auch Problemlösungen selbst zu entwickeln und Arbeitsergebnisse zu kommunizieren, - haben ihre Kreativität, Verantwortungsbereitschaft und Entscheidungsfreude sowie die Fähigkeit zu selbstständiger, teamorientierter Arbeit verbessert, - verfügen über für Teamarbeit erforderliche soziale Kompetenzen (Kritik-, Konfliktfähigkeit, Einsatzbereitschaft etc.), - haben ihre Kommunikations- und Präsentationskompetenz verbessert.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	M 01 Funktionen und Strukturen des Dritten Sektors in internationaler Perspektive M 04 Business Planning M 05 Recht für Nonprofit-Manager M 06 Forschungsmethoden

Name	(M 13) Interorganisationales Management
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre
Niveaustufe/ Kategorie	2a
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - sind mit den wichtigsten theoretischen Grundlagen der Vernetzung und des Beteiligungsmanagements vertraut, - sind in der Lage, die Bedeutung dieser theoretischen Grundlagen für den Dritten Sektor und das Nonprofit-Management einzuschätzen, - kennen die Zusammenhänge von Public Governance und Netzwerkbildung und –management, - können angesichts aktueller Entwicklungen im Dritten Sektor unter besonderer Berücksichtigung von Einflüssen der Informationstechnik sowie der Europäisierung und Globalisierung die Potenziale und Probleme des interorganisationalen Managements abschätzen, - verfügen über das notwendige Wissen, um sich kompetent an der Gestaltung und Steuerung organisations- und sektorenübergreifender Netzwerke zu beteiligen, - können ein professionelles Beteiligungsmanagement für konzernartig strukturierte Nonprofit-Organisationen konzipieren und einführen, - kennen ausgewählte IT-gestützte Instrumente des Netzwerk- und Beteiligungscontrolling und können deren Potenziale einschätzen, - können Prozesse von Zusammenschlüssen und Fusionen (M&A) im Nonprofit-Sektor analysieren und mitgestalten, - sind in der Lage die Netzwerkfähigkeit von Personen und Organisationen zu beurteilen und weiter zu entwickeln.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	keine

Name	(M 14) Lobbying und Politische Kommunikation
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre, Politikwissenschaft
Niveaustufe/ Kategorie	2b
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - sind mit den wissenschaftlichen Grundlagen und rechtlichen Rahmenbedingungen von Lobbying und politischer Kommunikation vertraut und erkennen die Komplexität der Aufgaben in der öffentlichen Arena (Verhandlungen mit Anspruchsgruppen, Gesetzgebungsverfahren, Dynamik der öffentlichen Meinung etc.), - kennen die verschiedenen politischen Umfeldler von Nonprofit-Organisationen (auf lokaler, regionaler, Bundesebene sowie EU) und die Funktion des Aufbaus politischer Netzwerke sowie der Bildung strategischer Allianzen, - kennen die Instrumente der Lobbyarbeit und deren Einsatzmöglichkeiten und Anwendung, - sind in der Lage, politikrelevante Arbeit in Organisationen methodisch fundiert, zielbezogen und gemeinwohlorientiert zu begleiten, - kennen die Funktionsweise der politischen Kommunikation und sind im Stande, die Konzeption für eine politische Kampagne zu entwickeln, diese strategisch zu planen und umzusetzen, - können Möglichkeiten und Grenzen des Lobbying und der politischen Kommunikation kritisch beurteilen, - sind befähigt, sich selbstständig weiterführendes Wissen auf dem Gebiet des Lobbying und der politischen Kommunikation zu erarbeiten.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	M 01 Funktionen und Strukturen des Dritten Sektors in internationaler Perspektive M 02 Theoretische Grundlagen der Public Governance M 03 Politikfeldanalyse M 05 Recht für Nonprofit-Manager

Name	(M 15) Rechnungslegung und Finanzmanagement
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre
Niveaustufe/ Kategorie	2b
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kennen die wichtigsten Grundlagen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Rechnungslegung und des Finanzmanagement in Nonprofit-Organisationen, - sind befähigt, mit dem erworbenen theoretischen Wissen das Rechnungswesen von Nonprofit-Organisationen in der Praxis aus fachlicher Perspektive zu hinterfragen, differenziert zu beurteilen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten und umzusetzen, - sind mit den aktuellen Entwicklungen im Finanzmanagement und den rechtlichen Rahmenbedingungen vertraut und sind in der Lage, deren Auswirkungen und Herausforderungen differenziert zu analysieren und konzeptionelle Lösungsansätze für die Ausgestaltung von Rechnungslegung und Finanzmanagement im konkreten Anwendungsfall zu entwickeln.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	(M 04) Business Planning (M 10) Controlling

Name	(M 16) Verbandsmanagement
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre
Niveaustufe/ Kategorie	2b
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - kennen Erscheinungsformen von Verbänden und ihre Management-Besonderheiten, - sind mit den rechtlichen Rahmenbedingungen des Verbandsmanagements vertraut, - kennen die internen Funktionsprozesse von Verbänden und haben gelernt, Methoden und Instrumente des Nonprofit-Managements auf Verbände zu übertragen, - kennen verbandsspezifische Funktionen betriebswirtschaftlicher Instrumente, insbesondere im Bereich Marketing, und sind im Stande, selbstständig Handlungsempfehlungen für Probleme der Verbandspraxis zu erarbeiten bzw. solche zu beurteilen, - sind befähigt, sich selbstständig weiter führendes Wissen auf dem Gebiet des Verbandsmanagements zu erarbeiten.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	M 01 Funktionen und Strukturen des Dritten Sektors in internationaler Perspektive M 05 Recht für Nonprofit-Manager M 07 Corporate Governance M 08 Personalmanagement und Führung M 09 Marketing und Fundraising M 10 Controlling M 11 Organisations- und Change Management

Name	(M 17) Stiftungsmanagement
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre
Niveaustufe/ Kategorie	2b
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - können rechtspolitische Ansätze zur Reform des Stiftungssektors kritisch beurteilen, - sind mit den rechtlichen Rahmenbedingungen des Stiftungsmanagements vertraut und in der Lage, die Errichtung einer Stiftung und die Gestaltung ihrer Organisationsstruktur aus betriebswirtschaftlicher Sicht gestaltend zu begleiten, - kennen Erscheinungsformen von Stiftungen und ihre Management-Besonderheiten, - haben gelernt, Methoden und Instrumente des Nonprofit-Managements auf Stiftungen zu übertragen, - kennen stiftungsspezifische Funktionen betriebswirtschaftlicher Instrumente und sind im Stande, selbstständig Handlungsempfehlungen für Probleme der Stiftungspraxis zu erarbeiten bzw. solche zu beurteilen, - sind befähigt, sich selbstständig weiterführendes Wissen auf dem Gebiet des Stiftungsmanagements zu erarbeiten.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	M 01 Funktionen und Strukturen des Dritten Sektors in internationaler Perspektive M 04 Business Planning M 05 Recht für Nonprofit-Manager M 07 Corporate Governance M 10 Controlling

Name	(M 18) Projektstudie
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre, ggf. Rechts-, Politik-, Verwaltungswissenschaften
Niveaustufe/ Kategorie	2b
Lernergebnisse/ Kompetenzen	<p>Die Studierenden</p> <ul style="list-style-type: none"> - verstehen komplexe Prozesse, die mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben verbunden sind und können Teilaspekte in einen größeren Kontext einordnen, - können Komplexität durch analytisches Denken, Selektion und systematisches Vorgehen besser bewältigen, - können eine vielschichtige Problemstellung selbstständig bearbeiten, - sind in der Lage, selbständig modul- und fächerübergreifende inhaltliche Zusammenhänge herzustellen, - können ihr in anderen Modulen erworbenes Fach- und Methodenwissen auf unbekannte Sachverhalte transferieren und integrieren, - können Praxisinformationen selbstständig erschließen und verarbeiten, - verfügen über Fähigkeiten zur Problemanalyse und -lösung durch „forschendes Lernen“ - sind in der Lage, situationsangemessene, realisierbare Lösungsvorschläge zu unterbreiten und Arbeitsergebnisse beratungsorientiert zu kommunizieren, - sind im Stande, ausdauernd und zuverlässig Projektarbeit im Team zu organisieren und diese ergebnisorientiert voranzutreiben, - haben ihre Kreativität, Verantwortungsbereitschaft und Entscheidungsfreude sowie die Fähigkeit zu selbstständiger, teamorientierter Arbeit verbessert, - verfügen über für Projektarbeit erforderliche soziale Kompetenzen (Kritik-, Konfliktfähigkeit, Einsatzbereitschaft etc.), - haben ihre Kommunikations- und Präsentationskompetenz verbessert.
Notwendige Voraussetzungen	keine
Empfohlene Voraussetzungen	M 06 Forschungsmethoden M 08 Personalmanagement und Führung M 09 Marketing und Fundraising M 10 Controlling M 11 Organisations- und Change Management

Name	(M 19) Masterarbeit
Leistungspunkte	25
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre ggf. mit interdisziplinärem Bezug zu Rechts-, Politik-, Verwaltungswissenschaften
Niveaustufe/ Kategorie	2b
Lernergebnisse/ Kompetenzen	Die Studierenden <ul style="list-style-type: none"> - sind befähigt, eine für das Ausbildungsziel relevante und angemessene Problemstellung auf dem Gebiet „Nonprofit-Management und Public Governance“ innerhalb einer vorgegebenen Frist selbstständig auf wissenschaftlicher Grundlage und unter Einsatz adäquater Forschungsmethoden fundiert zu bearbeiten, - können durch themenbezogene(n) Wissensaneignung, Wissenstransfer und Wissensgenerierung im Rahmen ihrer Masterarbeit exemplarisch nachweisen, dass sie auch über Forschungskompetenz verfügen.
Notwendige Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> - Sämtliche Modulprüfungen der Module M 01 bis M 18 müssen mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet sein (§ 13 Abs. 2 MPO/MaNGo). - Mindestens sechs der Modulprüfungen müssen in Form einer Klausur erbracht worden sein (§ 13 Abs. 2 MPO/MaNGo).
Empfohlene Voraussetzungen	keine

Name	(M 20) Masterseminar/Mündliche Masterprüfung
Leistungspunkte	5
Lerngebiet	Betriebswirtschaftslehre ggf. mit interdisziplinärem Bezug zu Rechts-, Politik-, Verwaltungswissenschaften
Niveaustufe/ Kategorie	2b
Lernergebnisse/ Kompetenzen	Die Studierenden <ul style="list-style-type: none"> - können einen komplexen Sachverhalt in kurzer Zeit wissenschaftlich fundiert darstellen, - verfügen über gesichertes Wissen auf den Gebieten ihrer Masterarbeit, - sind fähig, die Ergebnisse ihrer Masterarbeit sowie ihr methodisches Vorgehen selbstständig zu begründen und ihre Argumentation gegen Kritik zu verteidigen, - sind in der Lage, den Gegenstand oder ausgewählte Aspekte ihrer Masterarbeit in einen fachlichen Gesamtzusammenhang einzuordnen und aus den Ergebnissen der Masterarbeit weiterführende wissenschaftliche Fragestellungen zu generieren, - sind - unabhängig vom Gegenstand der Masterarbeit - befähigt, übergreifende Zusammenhänge, Fragen und Problemstellungen auf dem Gebiet „Nonprofit-Management und Public Governance“ auf wissenschaftlicher Basis eigenständig zu erörtern bzw. zu beantworten, - verfügen über ein breites Fachwissen und ein kritisches Verständnis der wichtigsten Theorien, Prinzipien und Methoden auf dem Gebiet „Nonprofit-Management und Public Governance“ und sind fähig, dies flexibel auf unterschiedliche Berufssituationen im Nonprofit-Management zu transferieren.
Notwendige Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> - Sämtliche Modulprüfungen der Module M 01 bis M 18 müssen mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet sein (§ 13 Abs. 2 MPO/MaNGo). - Mindestens sechs der Modulprüfungen müssen in Form einer Klausur erbracht worden sein (§ 13 Abs. 2 MPO/MaNGo). - Die Zulassung zur mündlichen Masterprüfung setzt darüber hinaus voraus, dass die Masterarbeit (M 19) mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde (§ 15 Abs. 2 MPO/MaNGo).
Empfohlene Voraussetzungen	keine

Anlage 1A zur Studienordnung für den Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“

Niveaueinstufung der Module

Folgende Module werden der Niveaustufe 2b mit verbindlicher Vorleistung zugeordnet:

Modul	Voraussetzungen /Vorleistung
(M 19) Masterarbeit	erfolgreicher Abschluss der Module M 01 bis M 18 gemäß § 13 Abs. 2 MPO/MaNGo
(M 20) Masterseminar/ Mündliche Masterprüfung	erfolgreicher Abschluss der Module M 01 bis M 18 gemäß § 13 Abs. 2 und § 15 Abs. 2 MPO/MaNGo erfolgreicher Abschluss des Moduls M 019 „Materarbeit“ gemäß § 15 Abs. 2 MPO/MaNGo

Anlage 2 zur Studienordnung für den Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“

1. Studienplanübersicht über die Module im 1. Semester

Modul / Unit	SWS	W (h)	P (h)	SSt (h)	LP
(1) Funktionen und Strukturen des Dritten Sektors in internationaler Perspektive	3 SU	150	40,5	109,5	5
(2) Theoretische Grundlagen der Public Governance	3 SU	150	40,5	109,5	5
(3) Politikfeldanalyse	3 Ü x 2	150	40,5	109,5	5
(4) Business Planning	3 Ü x 2	150	40,5	109,5	5
(5) Recht für Nonprofit-Manager	3 SU	150	40,5	109,5	5
(6) Forschungsmethoden	3 SU	150	40,5	109,5	5
Summe	18	900	243	657	30

2. Studienplanübersicht über die Module im 2. Semester

Modul / Unit	SWS	W (h)	P (h)	SSt (h)	LP
(7) Corporate Governance	3 SU	150	40,5	109,5	5
(8) Personalmanagement und Führung	3 Ü x 2	150	40,5	109,5	5
(9) Marketing und Fundraising	3 Ü x 2	150	40,5	109,5	5
(10) Controlling	3 Ü x 2	150	40,5	109,5	5
(11) Organisations- und Change Management	3 Ü x 2	150	40,5	109,5	5
(12) Fallstudie	3 Ü x 2	150	40,5	109,5	5
Summe	18	900	243	657	30

3. Studienplanübersicht über die Module im 3. Semester

Modul / Unit	SWS	W (h)	P (h)	SSt (h)	LP
(13) Interorganisationales Management	3 Ü x 2	150	40,5	109,5	5
(14) Lobbying und Politische Kommunikation	3 Ü x 2	150	40,5	109,5	5
(15) Rechnungslegung und Finanzmanagement	3 Ü x 2	150	40,5	109,5	5
(16) Verbandsmanagement	3 SU	150	40,5	109,5	5
(17) Stiftungsmanagement	3 SU	150	40,5	109,5	5
(18) Projektstudie	3 P x 4	150	40,5	109,5	5
Summe	18	900	243	657	30

4. Studienplanübersicht über die Module im 4. Semester

Modul / Unit	SWS	W (h)	P (h)	SSt (h)	LP
(19) Masterarbeit		750		750	25
(20) Masterseminar/ Mündliche Masterprüfung	1 Ü x 8	150	13,5	136,5	5
Summe	1	900	13,5	886,5	30

Erklärung:

SWS – Semesterwochenstunde
 SU – Seminaristischer Unterricht
 Ü – Übung
 P – Projekt

W – Workload
 P – Präsenzzeit
 SSt – Selbststudium
 LP – Leistungspunkte

**Prüfungsordnung
für den konsekutiven Master-Studiengang
„Nonprofit-Management und Public Governance“ - MPO/MaNGo
an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW Berlin) und
an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin)**

vom 27.04.2009*

Gemäß § 74 Abs. 1 i.V.m. § 71 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz - BerlHG) i.d.F. vom 13. Februar 2003 (GVBl. S. 82), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2008 (GVBl. S. 208), hat die Gemeinsame Kommission des Fachbereichs 3 der HTW Berlin und des Fachbereichs 3 der HWR Berlin am 27.04.2009 die folgende Prüfungsordnung erlassen:

Inhaltsübersicht

1. Abschnitt Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Zweck der Prüfungen
- § 3 Prüfungsausschuss
- § 4 Leistungsbeurteilungen
- § 5 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 6 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen
- § 7 Prüfungsbedingungen für Behinderte

2. Abschnitt Studienbegleitende Modulprüfungen

- § 8 Formen und Modalitäten der Modulprüfungen
- § 9 Anmeldung zu Modulprüfungen
- § 10 Wiederholung von Modulprüfungen
- § 11 Pflicht-Prüfungsberatung

3. Abschnitt Masterprüfung

- § 12 Zweck und Struktur der Masterprüfung
- § 13 Zulassung zur Masterprüfung
- § 14 Masterarbeit
- § 15 Masterseminar/Mündliche Masterprüfung
- § 16 Wiederholung von Teilen der Masterprüfung
- § 17 Freiversuch
- § 18 Bestehen der Masterprüfung

4. Abschnitt Gesamtnote, Zeugnis, Urkunde und Diploma Supplement

- § 19 Abschluss des Studiums und Gesamtnote
- § 20 Täuschung und Ungültigkeit von Prüfungsleistungen
- § 21 Masterzeugnis
- § 22 Masterurkunde
- § 23 Diploma Supplement
- § 24 Bescheinigung über nicht bestandene Prüfung

5. Abschnitt Rechtsschutz

- § 25 Einwendungen gegen Leistungsbeurteilungen

* bestätigt durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung am 08.06.2009

6. Abschnitt **Schlussbestimmungen**

§ 26 Einsichtnahme in die Prüfungsakte

§ 27 In-Kraft-Treten/Veröffentlichung

Anlage 1: Prüfungsplan

Anlage 2: Muster des Masterzeugnisses in deutscher Sprache

Anlage 3: Muster des Masterzeugnisses in englischer Sprache

Anlage 4: Muster der Masterurkunde in deutscher Sprache

Anlage 5: Muster der Masterurkunde in englischer Sprache

Anlage 6: Muster des Diploma Supplements in deutscher Sprache

Anlage 7: Muster des Diploma Supplements in englischer Sprache

1. Abschnitt Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Prüfungsordnung gilt für alle Studierenden des hochschulübergreifenden konsekutiven Master-Studiengangs „Nonprofit-Management und Public Governance“, die nach In-Kraft-Treten dieser Ordnung an der HTW Berlin und an der HWR Berlin immatrikuliert werden bzw. immatrikuliert sind. Als Prüfungsordnung für den hochschulübergreifenden Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ ersetzt diese Prüfungsordnung die geltenden Rahmenprüfungsordnungen.

(2) Die Prüfungsordnung wird ergänzt durch die Studienordnung für den konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ (MStO/MaNGo) und die Ordnung zur Durchführung eines Zulassungsverfahrens zur Vergabe von Studienplätzen für den konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ (MZO/MaNGo) in den jeweils gültigen Fassungen.

§ 2 Zweck der Prüfungen

(1) Der Master-Grad wird nach einem ersten akademischen Abschluss als weiterführender berufsqualifizierender akademischer Abschluss verliehen. Mit dem Studienabschluss wird festgestellt, dass der Absolvent oder die Absolventin selbstständig wissenschaftlich arbeiten und wissenschaftliche Erkenntnisse anwenden kann sowie die notwendigen vertieften Kenntnisse und Kompetenzen erworben hat, die er oder sie für eine spezifische Berufsbefähigung oder zur Erweiterung seines oder ihres Kompetenzprofils auf dem Gebiet „Nonprofit-Management und Public Governance“ benötigt. In seinem Niveau entspricht der Master-Abschluss grundsätzlich dem Niveau universitärer Master-Abschlüsse.

(2) Die auf den Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ bezogenen Studienziele werden in der Studienordnung für den konsekutiven Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ (MStO/MaNGo) beschrieben. Durch Leistungsnachweise wird festgestellt, ob der oder die Studierende die Studienziele nach § 3 MStO/MaNGo erreicht hat.

§ 3 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen sowie die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird mit dem Bachelor-Studiengang „Public Management (Öffentliches Dienstleistungsmanagement)“ ein gemeinsamer Prüfungsausschuss bestellt. Ihm gehören an:

- a) ein Professor oder eine Professorin der an den Studiengängen beteiligten Fachbereiche als Vorsitzender oder Vorsitzende,
- b) ein Professor oder eine Professorin der an den Studiengängen beteiligten Fachbereiche als Stellvertretung im Vorsitz,
- c) ein weiterer Professor oder eine weitere Professorin der an den Studiengängen beteiligten Fachbereiche,
- d) ein oder eine Studierende des Bachelor-Studiengangs „Public Management (Öffentliches Dienstleistungsmanagement)“ oder des Master-Studiengangs „Nonprofit-Management und Public Governance“;
- e) ein Mitglied aus dem Kreis der sonstigen Mitarbeiter, die als Angehörige der Fachbereichsverwaltung oder der zentralen Hochschul- bzw. Prüfungsverwaltung Verwaltungsaufgaben wahrnehmen, die sich ganz oder teilweise auf den oder die betreffenden Studiengänge beziehen.

Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin bestellt. Bei der Bestellung des studentischen Mitglieds und des stellvertretenden studentischen Mitglieds des gemeinsamen Prüfungsausschusses muss darauf geachtet werden, dass stets Studierende beider Studiengänge vertreten sind.

(2) Die Mitglieder des gemeinsamen Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen werden von der Gemeinsamen Kommission für die hochschulübergreifenden Studiengänge „Public Management (Öffentliches Dienstleistungsmanagement)“ und „Nonprofit-Management und Public Governance“ bestellt. Dabei ist auf die Teilhabe von Männern und Frauen zu achten. Die Gemeinsame Kommission benennt je einen Professor oder eine Professorin als Vorsitzenden oder Vorsitzende bzw. als Stellvertreter oder

Stellvertreterin. Die Amtszeit des studentischen Mitgliedes und des stellvertretenden studentischen Mitglieds beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder zwei Jahre; Wiederwahl ist zulässig.

(3) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben dem oder der Vorsitzenden oder dem Stellvertreter oder der Stellvertreterin ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied aus dem Kreis der Professorenschaft und der sonstigen Mitglieder anwesend sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des oder der Vorsitzenden. Kein Mitglied darf an Entscheidungen mitwirken, die es selbst oder einen Angehörigen i. S. d. § 20 Abs. 5 VwVfG betreffen.

(4) Der Prüfungsausschuss ist für Entscheidungen gem. dieser Ordnung zuständig. Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden, und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er berät die Gemeinsame Kommission bei der Reform der Studienordnung und der Prüfungsordnung.

(5) Der Prüfungsausschuss kann die Wahrnehmung von Aufgaben auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende übertragen. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Einwendungen. Prüfungsausschuss und Prüfungsverwaltung arbeiten eng zusammen. Der Prüfungsausschuss wird von der Prüfungsverwaltung bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben unterstützt.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen im Studiengang beizuwohnen und schriftliche Prüfungsleistungen einzusehen.

(7) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im Öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 4 Leistungsbeurteilungen

(1) Die Noten für die einzelnen Leistungsnachweise werden von den jeweiligen Prüfern oder Prüferinnen festgesetzt. Für die Bewertung von Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden; bei Klausuren folgt die Notenvergabe der folgenden Punkteskala:

Rel. Punktbewertung	Note	Prädikat	Beschreibung	Grading	Scheme
95 – 100%	1,0	sehr gut	eine hervorragende Leistung	A	very good
90 bis unter 95%	1,3				
85 bis unter 90%	1,7	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt	B	good
80 bis unter 85%	2,0				
75 bis unter 80 %	2,3				
70 bis unter 75%	2,7	befriedigend	eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen entspricht	C	satisfactory
65 bis unter 70%	3,0				
60 bis unter 65%	3,3				
55 bis unter 60%	3,7	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt	D	sufficient
50 bis unter 55%	4,0				
Weniger als 50%	5,0	nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt	F	fail

(2) Undifferenzierte Leistungsbeurteilungen sind nur bei der Prüfungsform "Aktive Teilnahme" gem. § 8 Abs. 2 Buchst. g) zulässig. Für die Fälle, in denen eine Notenrundung erforderlich sein sollte, wird auf § 19 Abs. 4 verwiesen.

(3) Eine Prüfungsleistung gilt als bestanden, wenn sie mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet wurde. Das Prädikat wird entsprechend § 19 Abs. 4 bestimmt.

(4) Die Leistungsbeurteilungen müssen der zuständigen Prüfungsverwaltung grundsätzlich spätestens vier Wochen nach dem Prüfungs- bzw. Abgabetermin bekannt gegeben werden. Insbesondere bei Prüfungen im 3. und 4. Studienplansemester kann die zur Verfügung stehende Korrekturzeit aus studien- und prüfungsorganisatorischen Gründen verkürzt werden.

§ 5 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, wenn der Kandidat oder die Kandidatin einen Prüfungstermin ohne triftige Gründe versäumt oder wenn er oder sie nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt bzw. den Leistungsnachweis verweigert. Triftige Gründe sind Gründe, die der oder die Studierende nicht zu vertreten hat. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachte Gründe müssen dem für den Studiengang zuständigen Prüfungsamt unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Zögern innerhalb von drei Werktagen, in der vom Prüfungsausschuss öffentlich bekannt gegebenen Form schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Kandidaten oder der Kandidatin oder Erkrankung eines Kindes, für das der Kandidat oder die Kandidatin erziehungsberechtigt ist, ist dem Prüfungsausschuss ein ärztliches Attest vorzulegen. In Zweifelsfällen kann der Prüfungsausschuss ein amtsärztliches Attest verlangen, das die Prüfungsunfähigkeit bescheinigt und dessen Kosten der Kandidat bzw. die Kandidatin zu tragen hat. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so wird der Prüfungsversuch nicht gewertet. Die versäumte Prüfung ist bei der nächsten angebotenen Wiederholungsmöglichkeit nachzuholen. Bereits bestandene Prüfungsteile werden in diesem Fall angerechnet.

(3) Versucht der Kandidat oder die Kandidatin, das Ergebnis der Prüfungsleistung durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, Nichtzitieren verwendeter Quellen oder durch andere Täuschungsversuche zu beeinflussen, wird die Prüfungsleistung mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Die Feststellung wird von dem Prüfer oder der Prüferin oder der Aufsichtsperson getroffen und aktenkundig gemacht. Eine wegen Täuschungsversuchs mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertete Prüfungsleistung kann grundsätzlich nicht wiederholt werden. Der Prüfungsausschuss kann jedoch in Ausnahmefällen unter Würdigung des Einzelfalls eine einmalige Wiederholungsmöglichkeit einräumen. In schwer wiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss nach vorheriger Anhörung des oder der Betroffenen eine Exmatrikulation gem. § 15 des Berliner Hochschulgesetzes beschließen.

(4) Ein Kandidat oder eine Kandidatin, der oder die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem Prüfer oder der Prüferin oder der Aufsichtsperson nach Abmahnung von der Fortsetzung der jeweiligen Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. Die Prüfungsleistung wird mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Kandidaten oder die Kandidatin von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(5) Der Kandidat oder die Kandidatin kann innerhalb von 14 Tagen beantragen, dass Entscheidungen nach Abs. 3 und 4 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Dessen belastende Entscheidungen sind dem Kandidaten oder der Kandidatin unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(6) Ergibt sich im Nachhinein, dass ein Studierender oder eine Studierende sich einer Täuschung gem. Abs. 3 schuldig gemacht hat, so wird die Bewertung des betreffenden Leistungsnachweises nachträglich in "nicht ausreichend" (5,0) geändert. Eine etwaige Zulassung zur Masterprüfung wird zurückgenommen, ein bereits

ausgegebenes Masterzeugnis und eine ausgegebene Urkunde werden eingezogen. Abs. 3 Satz 3, 4 und 5 gilt entsprechend.

§ 6 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten, Studienleistungen und studienbegleitende Prüfungsleistungen in anderen Master-Studiengängen (Uni/FH) werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist. Studienzeiten, Studienleistungen und studienbegleitende Prüfungsleistungen sind gleichwertig, wenn sie in Inhalt, im Umfang und in den Anforderungen denjenigen des Master-Studiengangs "Nonprofit-Management und Public Governance" im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und studienbegleitenden Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(2) Für Studienzeiten, Studienleistungen und studienbegleitende Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudiengängen gilt Abs. 1 entsprechend.

(3) Werden Studien- und studienbegleitende Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei nicht vergleichbaren Notensystemen wird ein bestandener Leistungsnachweis ggf. mit der Note "ausreichend" (4,0) gewertet. Die Entscheidung liegt im Ermessen des Anrechnenden.

(4) Die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und studienbegleitenden Prüfungsleistungen, die im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes (HRG) erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Fehlversuche in Studiengängen im Geltungsbereich des HRG sind anzurechnen. Die Studierenden bzw. Studienbewerber oder Studienbewerberinnen haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Hierzu zählen Nachweise über alle bisher an Hochschulen erbrachten Studien- und studienbegleitenden Prüfungsleistungen, Fehlversuche sowie Angaben über Inhalt und Umfang der zu Grunde liegenden Lehrveranstaltungen, soweit diese nicht an einer der beiden am Studiengang beteiligten Hochschulen erbracht wurden. Ergibt sich im Nachhinein, dass ein Studierender oder eine Studierende versucht hat, durch unvollständige Angaben die Anrechnungsentscheidung zu manipulieren, ist dies als Täuschungsversuch im Sinne von § 5 Abs. 6 zu werten. Über die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss. Die Anrechnungsentscheidung wird durch schriftlichen Bescheid bekannt gegeben.

§ 7 Prüfungsbedingungen für Behinderte

(1) Behinderten werden auf Antrag vom Prüfungsausschuss die ihrer Behinderung angemessenen Prüfungsbedingungen und Prüfungsformen eingeräumt; die Prüfungsanforderungen bleiben davon unberührt. In Zweifelsfällen können vom Prüfungsausschuss entsprechende Nachweise und ein amtsärztliches Attest verlangt werden, das Art und Umfang der Einschränkungen der Prüfungsfähigkeit bescheinigt und dessen Kosten der Kandidat bzw. die Kandidatin zu tragen hat.

(2) Für studienbegleitende Prüfungsleistungen werden die besonderen Prüfungsbedingungen rechtzeitig vorher zwischen Prüfer oder Prüferin und dem oder der Studierenden abgesprochen. Kommt es zu keiner Einigung, können die Studierenden den Prüfungsausschuss anrufen.

2. Abschnitt Studienbegleitende Modulprüfungen

§ 8 Formen und Modalitäten der Modulprüfungen

(1) Module sind abgeschlossene Lerneinheiten, die zu einem definierten Kompetenzzuwachs führen sollen; sie sind im jeweils vorgesehenen Semester mit einer Modulprüfung abzuschließen. Zahl und Form der studienbegleitend zu erbringenden Modulprüfungen bestimmt der Prüfungsplan (Anlage 1). Die Anzahl der mit den Modulen jeweils zu erwerbenden Leistungspunkte sind in Anlage 2 MStO/MaNGo aufgeführt.

(2) Studienbegleitende Prüfungsleistungen in Form von Modulprüfungen werden gem. dem Prüfungsplan (Anlage 1) in folgenden Formen erbracht:

a) Klausur

Klausuren sind schriftliche Prüfungen, die grundsätzlich im Prüfungszeitraum bzw. im Wiederholungsprüfungszeitraum des jeweiligen Semesters durchgeführt werden. In einer Klausur werden Aufgaben oder ein Fall aus dem Arbeitszusammenhang des Moduls unter Aufsicht schriftlich bearbeitet. Die Dauer der Klausur soll 60 Minuten nicht unterschreiten und 180 Minuten nicht überschreiten. Wird der Leistungsnachweis durch eine Kombination aus Klausur und einer anderen Prüfungsform erbracht, kann die Bearbeitungszeit der Klausur auf bis zu 30 Minuten reduziert werden. Die Bearbeitungszeit wird von dem Prüfer bzw. der Prüferin unter Berücksichtigung des zeitlichen Umfangs (Präsenz- und Selbststudium) der Lehrveranstaltung und der Kombination mit anderen Prüfungsformen festgelegt.

b) Mündliche Prüfung

In einer mündlichen Prüfung wird festgestellt, ob die Studierenden über die in der Lehrveranstaltung zu erwerbenden Kompetenzen verfügen und auf Problemstellungen aus dem Arbeitszusammenhang des Moduls anwenden können. Die mündliche Prüfung wird im Prüfungszeitraum bzw. im Wiederholungsprüfungszeitraum des jeweiligen Semesters von dem oder der Prüfenden als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung abgenommen. Die Prüfungszeit beträgt für jeden Studierenden oder für jede Studierende - je nach dem Umfang der Lehrveranstaltung (Präsenz- und Selbststudium) – in der Regel zwischen 15 und 30 Minuten. Mündliche Prüfungen sind hochschulöffentlich; ausgeschlossen sind Studierende, die sich im jeweiligen Semester in dem betreffenden Modul prüfen lassen wollen.

c) Research Paper

Mit dem Research Paper weisen die Studierenden in Einzelarbeit oder in selbst organisierter Team- und Projektarbeit nach, dass sie in der Lage sind, eine konkrete theoretische und/oder empirische Frage- bzw. Problemstellung mit Bezug zum jeweiligen Modul oder zum Studiengang allgemein unter Einsatz adäquater Forschungsmethoden wissenschaftlich fundiert zu bearbeiten. Dabei kann es sich ggf. auch um eine konkrete Praxisproblemstellung handeln, die in Kooperation mit einem Praxispartner bearbeitet wird. Das Thema wird in der Regel zu Semesterbeginn (spätestens bis zum Stichtag der Prüfungsanmeldung) ausgegeben und ist so zu stellen, dass sie bis spätestens eine Woche nach Ablauf des Prüfungszeitraums des jeweiligen Semesters bearbeitet werden kann (verbindlicher Abgabetermin). Das Research Paper ist sowohl in schriftlicher Form als auch auf einem digitalen Datenträger einzureichen. Darüber hinausgehende Einzelheiten legt der Prüfer oder die Prüferin fest.

d) Referat/ Präsentation

In Referaten/Präsentationen setzen sich die Studierenden im Rahmen der Lehrveranstaltung in freier Rede mit einem Problem aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Quellen auseinander; ihre Arbeitsschritte und Arbeitsergebnisse stellen sie auf der Grundlage einer schriftlichen Ausarbeitung (Paper) im mündlichen Vortrag unter Einsatz geeigneter Präsentationsmedien dar. Sowohl die schriftliche Ausarbeitung als auch die Ausarbeitung auf einem digitalen Datenträger sind spätestens bis zum Ende der Vorlesungszeit abzugeben (verbindlicher Abgabetermin).

e) Fallstudienlösung

Im Rahmen von Fallstudien oder Planspielen erbrachte, schriftlich ausgearbeitete und ggf. auch mündlich präsentierte Lösungsbeiträge werden zu einer Gesamtleistung zusammengefasst (Fallstudienlösung) und als solche bewertet. Die Einzelheiten legt der Prüfer oder die Prüferin fest.

f) Projektarbeit

Die im Rahmen von Beratungs-, Begleitforschungs- oder sonstigen Praxiskooperationsprojekten, empirischen Untersuchungen, sog. Life Cases oder Aktionsforschung in Form von empirischen Erhebungen, Quellenrecherchen, Kurzpräsentationen, schriftlichen Ausarbeitungen, Protokollen, Berichten oder in anderen Formen erbrachten Einzelleistungen der Studierenden werden zu einer Gesamtleistung (Projektarbeit) zusammengefasst und als solche bewertet. Die Einzelheiten legt der Prüfer oder die Prüferin fest.

g) Aktive Teilnahme

Bei der Prüfungsform "Aktive Teilnahme" wird bewertet, ob sich der oder die Studierende mit mündlichen Beiträgen aktiv an einer Lehrveranstaltung beteiligen. Diese Prüfungsform kann nicht allein, sondern nur in Kombination mit den Prüfungsformen gem. Buchstaben c), d), e) und f) Verwendung finden. Sie wird ohne eine differenzierte Bewertung festgestellt und gilt in den Fällen, in denen Prüfer oder Prüferinnen von ihr Gebrauch machen, als Voraussetzung für einen Leistungsnachweis in den Prüfungsformen gem. Buchstaben c), d), e) und f). Aktive Teilnahme setzt Präsenz voraus. Wer mehr als vier Lehrveranstaltungstermine versäumt, dem kann – soweit die sonstigen Voraussetzungen vorliegen – vom Prüfer oder der Prüferin nur dann eine "Aktive Teilnahme" attestiert werden, wenn das Versäumnis nachweislich auf dringende Gründe zurück zu führen ist, die der oder die betreffende Studierende nicht zu verantworten hat. Darüber hinausgehende Einzelheiten legt der Prüfer oder die Prüferin fest.

(3) Der Prüfungsplan (Anlage 1) legt fest, in welchen der genannten Formen studienbegleitende Prüfungsleistungen in den einzelnen Modulen erbracht werden können. Die Kombination einzelner Formen der lt. Prüfungsplan vorgesehenen studienbegleitenden Prüfungsleistungen ist möglich. Die Entscheidung hierüber trifft der Prüfer oder die Prüferin. Besteht eine Modulprüfung lt. Entscheidung des Prüfers oder der Prüferin aus einer Kombination mehrerer Teilleistungen in unterschiedlichen Prüfungsformen, so müssen alle Teilleistungen innerhalb eines Semesters erfolgreich abgeschlossen werden; eine Übertragung von bereits bestandenen Teilleistungen auf nachfolgende Semester ist nicht möglich. Zu Beginn der Vorlesungszeit des Semesters entscheidet der Prüfer oder die Prüferin nach den konkreten Erfordernissen der jeweiligen Lehrveranstaltung, in welcher Anzahl den Studierenden die verschiedenen im Prüfungsplan vorgesehenen Formen von Prüfungsleistungen angeboten werden. Als Prüfer oder Prüferin wird bei den studienbegleitenden Prüfungsleistungen grundsätzlich diejenige Lehrkraft tätig, die die entsprechende Lehrveranstaltung oder den entsprechenden Lehrveranstaltungsteil abhält. Sind mehrere Lehrkräfte beteiligt, sind sie gemeinsam für die entsprechende Prüfung verantwortlich.

(4) Macht der Kandidat oder die Kandidatin glaubhaft, dass er oder sie aus Gründen, die er oder sie nicht zu vertreten hat, nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so wird dem Kandidaten oder der Kandidatin gestattet, die Prüfungsleistung innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Dazu kann die Vorlage geeigneter Nachweise verlangt werden. Die Entscheidung fällt der Prüfungsausschuss.

(5) Studienbegleitende Prüfungsleistungen werden in der Regel als Einzelleistungen erbracht. Bei den Prüfungsformen "Research Paper", "Referat/Präsentation", "Fallstudienlösung" und "Projektarbeit" können in geeigneten Fällen mehrere Studierende eine Teamleistung erbringen; dabei muss der Beitrag der bzw. des einzelnen Studierenden eindeutig abgrenzbar und individuell bewertbar sein. Mündliche Prüfungen können als Gruppenprüfungen mit bis zu vier Studierenden durchgeführt werden. Die Entscheidung über eine Nutzung der genannten Möglichkeiten liegt beim Prüfer oder der Prüferin.

(6) Leistungsnachweise sind grundsätzlich in der oder den Unterrichtssprache/n laut Modulbeschreibung zu erbringen. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(7) Aufsichtsführende Personen sind berechtigt, bei Prüfungen eine Identitätskontrolle bei den teilnehmenden Studierenden vorzunehmen.

(8) Für die Bewertung der studienbegleitenden Prüfungsleistungen gelten die Grundsätze des § 4. Die Bewertungskriterien sind auf Wunsch durch den Prüfer oder die Prüferin offen zu legen.

§ 9 Anmeldung zu Modulprüfungen

Die Studierenden haben sich innerhalb der vorgesehenen Frist für sämtliche Modulprüfungen anzumelden, die für das jeweilige Studienplansemester vorgesehen sind.

§ 10 Wiederholung von Modulprüfungen

(1) Ist eine Modulprüfung mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet worden, kann sie einmal wiederholt werden. Anerkannte Versäumnisse gem. § 5 zählen nicht als Prüfungsversuch. Auf Antrag kann der Prüfungsausschuss bei einer der insgesamt 18 Modulprüfungen eine zweite Wiederholungsmöglichkeit (Sonderprüfung) zulassen.

(2) Eine gem. § 5 Abs. 2 anerkannt versäumte oder eine mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertete Prüfungsleistung ist grundsätzlich bei der nächsten angebotenen Prüfungsmöglichkeit, spätestens jedoch innerhalb der zwei nachfolgenden Semester zu wiederholen (Wiederholbarkeitsfrist). Die Wiederholung einer Modulprüfung mit dem Ziel, eine bereits mindestens "ausreichend" (4,0) lautende Note zu verbessern, ist nicht zulässig.

(3) Die Wiederholbarkeitsfrist beginnt mit dem Semester, in dem die erste Prüfungsanmeldung erfolgte. Sie verlängert sich um Urlaubssemester. Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag die Wiederholbarkeitsfrist verlängern, wenn der oder die Studierende unverzüglich glaubhaft nachweist, dass er oder sie die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat. Kann der letztmögliche Prüfungsversuch innerhalb der Wiederholbarkeitsfrist nicht wahrgenommen werden, muss der oder die Studierende ein amtsärztliches Attest vorlegen, das die Prüfungsunfähigkeit bescheinigt und dessen Kosten er oder sie zu tragen hat. Nach Ablauf der Wiederholbarkeitsfrist ist ein erfolgreicher Abschluss des Studiums nicht mehr möglich, und der oder die Studierende ist zu exmatrikulieren.

(4) Schriftliche und mündliche Prüfungen werden innerhalb des von der Gemeinsamen Kommission festgesetzten Nachprüfungszeitraums im selben Semester oder zu Beginn des folgenden Semesters wiederholt. Bei der Prüfungsform "Research Paper" ist im Falle einer Wiederholungsprüfung die Aufgabe spätestens im Wiederholungsprüfungszeitraum des jeweiligen Semesters so zu stellen, dass sie innerhalb von vier Wochen bearbeitet werden kann (verbindlicher Abgabetermin). So weit keine Wiederholung im Rahmen der laufenden Lehrveranstaltung möglich ist, erfolgt die Wiederholung eines mit "nicht ausreichend" (5,0) bewerteten Referats prinzipiell in einer Prüfungsform, die von dem betreffenden Lehrenden für Wiederholungsprüfungen festgelegt wurde. Wiederholungen im Rahmen der Prüfungsformen "Fallstudienlösung" und "Projektarbeit" erfolgen in Absprache mit dem Prüfer oder der Prüferin bis spätestens zu Beginn des Folgesemesters.

(5) Wiederholungsprüfungen sind frühestens 10 Tage nach Bekanntgabe des Fehlversuchs zulässig. Studentinnen in der Schwangerschaft sind auf Antrag auch andere Wiederholungstermine anzubieten.

(6) Die Wiederholungsprüfung wird in der Regel von der Lehrkraft, die die Lehrveranstaltung abgehalten hat, abgenommen. Ihre Modalitäten müssen den Regelungen des § 8 entsprechen. Bei der Wiederholung können vom Prüfer bzw. der Prüferin Formen der Prüfungsleistung festgelegt werden, die in der Lehrveranstaltung nicht angeboten wurden.

(7) Wird die Wiederholungsprüfung mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet, so tritt die Note der Wiederholungsprüfung an die Stelle der ursprünglichen Note der studienbegleitenden Prüfungsleistung in dem betreffenden Modul.

(8) Ein Kandidat oder eine Kandidatin hat eine Modulprüfung endgültig nicht bestanden, wenn nach Ausschöpfung der Wiederholungsmöglichkeiten gem. Abs. 1 seine oder ihre Modulnote nicht mindestens "ausreichend" (4,0) beträgt. Ein erfolgreicher Abschluss des Studiums ist danach im Master-Studiengang "Nonprofit-Management und Public Governance" nicht mehr möglich, und der oder die Studierende ist zu exmatrikulieren.

§ 11 Pflicht-Prüfungsberatung

Werden mehr als drei der insgesamt lt. Prüfungsplan vorgesehenen Modulprüfungen nicht innerhalb der ersten drei Studienplansemester erfolgreich abgeschlossen, so ist der oder die Studierende verpflichtet, sich bei dem für den Studiengang zuständigen Prüfungsamt zu einer Pflicht-Prüfungsberatung anzumelden und diese wahrzunehmen. Diese wird von prüfungsberechtigten Hochschulangehörigen, die der Prüfungsausschuss bestimmt, durchgeführt. Ist der oder die Studierende dieser Verpflichtung bis zum Ablauf des 4. Studienplansemesters (Prüfungsemester) nicht nachgekommen, so ist er oder sie zu exmatrikulieren, es sei denn, die geforderten Leistungsnachweise wurden bis dahin erbracht.

3. Abschnitt Masterprüfung

§ 12 Zweck und Struktur der Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. Zusammen mit den studienbegleitenden Modulprüfungen zeigt sie, dass der Kandidat oder die Kandidatin die Ausbildungsziele des Studiums gem. § 3 MStO/MaNGo erreicht hat.

(2) Die Masterprüfung besteht aus:

- a) der Masterarbeit und
- b) der mündlichen Masterprüfung als Bestandteil des Masterseminars.

§ 13 Zulassung zur Masterprüfung

(1) Die Zulassung erfolgt im Rahmen eines Zulassungsverfahrens. Die Entscheidung über die Zulassung zur Masterprüfung trifft der Prüfungsausschuss. Die Zulassung erfolgt, wenn der Zulassungsantrag positiv beschieden wurde.

(2) Zur Masterprüfung wird zugelassen, wer

- a) für den Master-Studiengang "Nonprofit-Management und Public Governance" eingeschrieben ist,
- b) einen Antrag auf Zulassung zur Masterprüfung gestellt hat und
- c) sämtliche lt. Prüfungsplan studienbegleitend zu absolvierenden 18 Modulprüfungen mindestens mit "ausreichend" (4,0) absolviert hat. Von den insgesamt 18 Modulprüfungen müssen mindestens sechs in Form einer Klausur erbracht worden sein. Ein Kandidat oder eine Kandidatin kann auch zugelassen werden, wenn
 - er oder sie eine Modulprüfung noch nicht erfolgreich abgeschlossen hat und
 - der Abschluss dieser Modulprüfung in dem Semester, in dem die Masterarbeit geschrieben wird, möglich und zu erwarten ist und
 - Art und Umfang des noch fehlenden Leistungsnachweises die Anfertigung der Masterarbeit fachlich und zeitlich nicht wesentlich beeinträchtigen.

(3) Die Anträge auf Zulassung zur Masterprüfung sind innerhalb der vom Prüfungsausschuss gesetzten Frist schriftlich an das für den Studiengang zuständige Prüfungsamt zu richten.

(4) Dem Antrag auf Zulassung zur Masterprüfung sind beizufügen:

- a) die Nachweise über die Erfüllung der in Abs. 2, Buchstabe a) und c) genannten Voraussetzungen, soweit sie bereits zum Anmeldetermin vorliegen und soweit sie nicht bereits Teil der Studienakte sind,
- b) eine Erklärung darüber, ob der Kandidat oder die Kandidatin bereits eine akademische Prüfung in einem betriebswirtschaftlichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder ob er oder sie sich in einem schwebenden Prüfungsverfahren eines anderen betriebswirtschaftlichen Studiengangs befindet,
- c) ein Themenvorschlag für die Masterarbeit,
- d) ein Vorschlag für den Erstgutachter oder die Erstgutachterin der Masterarbeit.

§ 14 Masterarbeit

(1) Mit der Masterarbeit weist der Kandidat oder die Kandidatin nach, dass er oder sie eine für die Ausbildungsziele relevante und angemessene Problemstellung innerhalb einer vorgegebenen Frist selbstständig auf wissenschaftlicher Grundlage und unter Einsatz adäquater Forschungsmethoden fundiert bearbeiten kann. Die Arbeit wird in deutscher Sprache verfasst; bei Einverständnis beider Gutachter gem. Abs. 4 kann sie auch in einer anderen Sprache verfasst werden.

(2) Das Thema der Masterarbeit wird vom Prüfungsausschuss ausgegeben. Weicht das Thema inhaltlich vom Vorschlag des Kandidaten oder der Kandidatin ab, so ist der Kandidat oder die Kandidatin vor der Ausgabe des Themas zu hören. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen.

(3) Die Masterarbeit kann auch als Teamarbeit für bis zu drei Kandidaten oder Kandidatinnen vergeben werden. In diesem Fall muss der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag jedes Kandidaten oder jeder Kandidatin eindeutig abgrenzbar und bewertbar sein und die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllen.

(4) Die Masterarbeit wird von einem Professor oder einer Professorin als Erstgutachter oder Erstgutachterin verantwortlich betreut und bewertet. Eine weitere Bewertung erfolgt durch einen Zweitgutachter oder eine Zweitgutachterin. Beide Gutachter oder Gutachterinnen werden vom Prüfungsausschuss aus dem Kreis der Lehrkräfte bestellt, die haupt- oder nebenamtlich an einem der beiden am Studiengang beteiligten Fachbereiche tätig sind bzw. tätig waren. In begründeten Ausnahmefällen kann auch ein Professor oder eine Professorin eines anderen Fachbereichs oder einer anderen Hochschule als Zweitgutachter oder Zweitgutachterin beteiligt werden. Die Entscheidung hierüber trifft der Prüfungsausschuss.

(5) Die Masterarbeit wird grundsätzlich zu Beginn des 4. Studienplansemesters in einer Bearbeitungszeit von 16 Wochen ab einem Zeitpunkt im unmittelbaren Anschluss an das Masterseminar angefertigt. Der zeitliche Bearbeitungsaufwand der Masterarbeit entspricht 25 Leistungspunkten. Die Masterarbeit umfasst in der Regel 12.000 Wörter; sie soll den Umfang von 14.000 Wörtern nicht überschreiten. Thema und Aufgabenstellung der Arbeit sind so festzusetzen, dass die Bearbeitungsfrist eingehalten werden kann. Das Thema kann von dem Kandidaten oder der Kandidatin nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach Beginn des Bearbeitungszeitraums zurückgegeben werden. Die Versäumnisregeln des § 5 gelten entsprechend. Wird die Masterarbeit nicht fristgerecht abgegeben und werden keine zwingenden Gründe für das Versäumnis anerkannt, gilt sie als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Bei Teamarbeiten gem. Abs. 3 gelten die Versäumnisregeln des § 5 für jedes einzelne Teammitglied. Anerkannte Versäumnisse für einzelne Teammitglieder bewirken demnach keine Verlängerung der Bearbeitungszeit für das Gesamtteam.

(6) Die Masterarbeit ist in drei schriftlichen Exemplaren und auf einem digitalen Datenträger beim Prüfungsamt einzureichen; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Bei der Abgabe der Arbeit hat der Kandidat oder die Kandidatin eidesstattlich zu versichern, dass die Arbeit – bei einer Teamarbeit der entsprechend gekennzeichnete Teil der Arbeit – selbstständig verfasst wurde und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel und Quellen benutzt sowie Zitate kenntlich gemacht wurden.

(7) Die Masterarbeit ist von jedem der beiden Gutachter oder Gutachterinnen zu begutachten und gem. § 4 zu bewerten. Die Bewertung durch den für die Betreuung verantwortlichen Erstgutachter oder die für die Betreuung verantwortliche Erstgutachterin ist im Rahmen eines Gutachtens schriftlich zu begründen. Die Note der Masterarbeit wird aus dem arithmetischen Mittel der beiden Bewertungen gebildet und gem. § 19 Abs. 4 gerundet. Weichen die beiden Bewertungen um mehr als zwei Noten voneinander ab, wird vom Prüfungsausschuss ein dritter Gutachter oder eine dritte Gutachterin bestimmt. Die Note der Masterarbeit wird dann aus dem arithmetischen Mittel aller drei Bewertungen gebildet. Die Note der Masterarbeit kann dabei jedoch nur dann "ausreichend" (4,0) betragen, wenn mindestens zwei Einzelbewertungen "ausreichend" (4,0) oder besser sind.

(8) Für die Dauer des Bewertungsverfahrens der Masterarbeit gilt § 4 Abs. 4 Satz 1 entsprechend. Die Mitteilung der Bewertung der Masterarbeit erfolgt grundsätzlich erst unmittelbar im Anschluss an die mündliche Masterprüfung durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Prüfungskommission gem. § 15 Abs. 5 Satz 5 (siehe auch § 15 Abs. 8 Satz 4).

§ 15 Masterseminar/Mündliche Masterprüfung

(1) Die mündliche Masterprüfung als Bestandteil des Masterseminars wird als abschließende Prüfung des Master-Studiengangs "Nonprofit-Management und Public Governance" am Ende des 4. Studienplansemesters in der Regel im Zeitraum zwischen dem 15.09. und 30.09. eines Jahres in Form einer Blockprüfung durchgeführt. Der zeitliche Arbeitsaufwand für das Masterseminar und die mündliche Masterprüfung entspricht 5 Leistungspunkten.

(2) Die mündliche Masterprüfung ist abzulegen, wenn

- sämtliche im Prüfungsplan vorgesehenen 18 Modulprüfungen gem. § 13 Abs. 2 Buchst. c) absolviert und mit mindestens "ausreichend" (4,0) bewertet wurden,
- und die Masterarbeit des Kandidaten oder der Kandidatin mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet wurden.

Die Durchführung der mündlichen Masterprüfung setzt voraus, dass dem oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission gem. Abs. 5 Satz 5 das schriftliche Gutachten des Erstgutachters gem. § 14 Abs. 7 Satz 2 vorliegt.

(3) Die mündliche Masterprüfung besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil soll der Kandidat oder die Kandidatin nachweisen, dass er oder sie einen komplexen Sachverhalt in kurzer Zeit wissenschaftlich fundiert darzustellen kann, gesichertes Wissen auf den Gebieten der Masterarbeit besitzt und fähig ist, die Ergebnisse der Masterarbeit und das methodische Vorgehen selbstständig zu begründen und seine oder ihre Argumentation gegen Kritik zu verteidigen. Der Kandidat oder die Kandidatin soll ferner zeigen können, dass er oder sie in der Lage ist, den Gegenstand oder ausgewählte Aspekte der Masterarbeit in einen fachlichen Gesamtzusammenhang einzuordnen und aus den Ergebnissen der Masterarbeit weiterführende wissenschaftliche Fragestellungen zu generieren. Im zweiten, allgemeinen Teil soll gezeigt werden, dass der Kandidat oder die Kandidatin – unabhängig vom Gegenstand der Masterarbeit – übergreifende Zusammenhänge, Fragen und Problemstellungen auf dem Gebiet "Nonprofit-Management und Public Governance" auf wissenschaftlicher Basis eigenständig erörtern bzw. beantworten kann. Dabei soll auch gezeigt werden, dass er oder sie flexibel auf ein breites Wissen zurückgreifen kann, über ein reflektiertes Verständnis verfügt und fähig ist, dieses auf unterschiedliche Berufssituationen im Nonprofit-Management zu transferieren. Ferner soll in beiden Prüfungsteilen festgestellt werden, ob der Kandidat oder die Kandidatin in der Lage ist, Vorschläge oder Arbeitsergebnisse auch im Hinblick auf politische, gesellschaftliche und ethische Implikationen zu reflektieren.

(4) Die mündliche Masterprüfung wird in deutscher Sprache durchgeführt; bei Einverständnis aller Mitglieder der Prüfungskommission gem. Abs. 5 kann sie auch in einer anderen Sprache durchgeführt werden.

(5) Für die mündliche Masterprüfung jedes Kandidaten oder jeder Kandidatin wird vom Prüfungsausschuss eine Prüfungskommission eingesetzt. Ihr gehören drei Mitglieder an, darunter in der Regel Lehrende, die an der Durchführung der Masterseminare beteiligt waren und die Gutachter oder die Gutachterinnen der Masterarbeit. Alle Mitglieder müssen Lehrkräfte an einem der beiden am Studiengang beteiligten Fachbereiche

sein. Mindestens zwei dieser Lehrkräfte müssen Professoren oder Professorinnen sein. Der Prüfungsausschuss betraut eines der Mitglieder mit dem Vorsitz der Prüfungskommission.

(6) Die mündliche Masterprüfung wird in der Regel als Einzelprüfung durchgeführt. Wurde die Masterarbeit gem. § 14 Abs. 3 in Teamarbeit erstellt, so kann auf Antrag aller beteiligten Prüflinge der erste Teil der mündlichen Masterprüfung als Gruppenprüfung durchgeführt werden. Der zweite Teil der mündlichen Masterprüfung ist stets als Einzelprüfung durchzuführen.

(7) Die mündliche Masterprüfung ist nach Maßgabe der räumlichen Möglichkeiten hochschulöffentlich, es sei denn, ein Kandidat oder eine Kandidatin widerspricht. Die Prüfungsdauer beträgt für jeden Kandidaten oder jeden Kandidaten in der Regel 60 Minuten (30 Minuten für jeden der beiden Prüfungsteile).

(8) Das Ergebnis der mündlichen Masterprüfung wird von der Prüfungskommission in Form einer Note nach § 4 in Verbindung mit § 19 Abs. 4 festgestellt. Hierbei werden die beiden Teile der mündlichen Masterprüfung gem. Abs. 2 getrennt bewertet. Die Note der mündlichen Masterprüfung wird aus dem arithmetischen Mittel der beiden Bewertungen gebildet. Die mündliche Masterprüfung ist bestanden, wenn die aus beiden Bewertungen gebildete Note mindestens "ausreichend" (4,0) beträgt. Das Ergebnis der mündlichen Prüfung wird dem Kandidaten oder der Kandidatin von dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission unmittelbar nach der Prüfung zusammen mit dem Ergebnis der Masterarbeit mitgeteilt. Gegenstände, Verlauf und Ergebnis der mündlichen Masterprüfung werden in einem Protokoll festgehalten.

§ 16 Wiederholung von Teilen der Masterprüfung

(1) Lautet die Beurteilung der Masterarbeit "nicht ausreichend" (5,0), so muss die Masterarbeit baldmöglichst wiederholt werden. Der Prüfungsausschuss vergibt hierzu ein neues Thema. Das weitere Verfahren bestimmt der Prüfungsausschuss. Eine Rückgabe des Themas der Masterarbeit in der Frist nach § 14 Abs. 5 Satz 5 ist jedoch nur zulässig, wenn der Kandidat oder die Kandidatin bei der Anfertigung seiner oder ihrer ersten Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

(2) Wurde auch die Wiederholungsarbeit mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, so ist eine weitere Wiederholung ausgeschlossen. Der oder die Studierende hat die Masterprüfung im Master-Studiengang "Nonprofit-Management und Public Governance" endgültig nicht bestanden, und der oder die Studierende ist zu exmatrikulieren.

(3) Wurde die mündliche Masterprüfung mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, so kann sie einmal, und zwar baldmöglichst, spätestens jedoch innerhalb einer Frist von drei Monaten wiederholt werden. Wird diese Frist von dem Kandidaten oder der Kandidatin ohne einen triftigen Grund versäumt, so gilt die Masterprüfung im Master-Studiengang "Nonprofit-Management und Public Governance" als endgültig nicht bestanden, und der oder die Studierende ist zu exmatrikulieren.

(4) Wurde die Wiederholung der mündlichen Masterprüfung mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, so ist eine weitere Wiederholung ausgeschlossen. Der oder die Studierende hat die Masterprüfung im Master-Studiengang "Nonprofit-Management und Public Governance" endgültig nicht bestanden, und der oder die Studierende ist zu exmatrikulieren.

(5) Bei der Wiederholung von mit "nicht ausreichend" (5,0) bewerteten Teilen der Masterprüfung tritt die in der Wiederholungsprüfung erbrachte Bewertung an die Stelle der ersten Prüfungsbeurteilung. Die Wiederholung eines bestandenen Prüfungsteils der Masterprüfung ist nicht zulässig.

§ 17 Freiversuch

(1) Für einen Kandidaten oder eine Kandidatin, der oder die bis zum Ende der Regelstudienzeit alle erforderlichen Module erfolgreich abgeschlossen hat und eine Masterarbeit abgegeben hat, gilt diese Masterarbeit als nicht durchgeführt (Freiversuch), wenn er oder sie keine mindestens "ausreichend" (4,0) lautende Beurteilung dieser Masterarbeit erreicht hat.

(2) Für einen Kandidaten oder eine Kandidatin, der oder die bis zum Ende der Regelstudienzeit alle erforderlichen Module abgeschlossen hat, eine Masterarbeit abgegeben hat, die mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet wurde, gilt die erste mündliche Masterprüfung als nicht durchgeführt (Freiversuch), wenn er oder sie keine mindestens "ausreichend" (4,0) lautende Beurteilung für die Prüfung erreicht hat.

(3) In den Fällen der Abs. 1 und 2 ist der entsprechende Teil der Masterprüfung nach den Bedingungen des § 13 Abs. 1 und 3 baldmöglichst zu wiederholen.

(4) Eine Masterprüfung, bei der in Teilen ein Täuschungsversuch gem. § 20 i.V.m. § 5 Abs. 3 nachgewiesen wurde, wird nicht als Freiversuch gewertet.

§ 18 Bestehen der Masterprüfung

Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle Bestandteile der Masterprüfung nach § 12 Abs. 2 mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet sind.

4. Abschnitt Gesamtnote, Zeugnis, Urkunde und Diploma Supplement

§ 19 Abschluss des Studiums und Gesamtnote

(1) Das Studium ist erfolgreich abgeschlossen, wenn

- alle im Prüfungsplan vorgesehenen 18 Modulprüfungen gem. § 13 Abs. 2 Buchst. c) absolviert wurden und mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet sind und
- die Masterarbeit sowie die mündliche Masterprüfung jeweils mit mindestens "ausreichend" (4,0) bewertet sind

und wenn daher 120 Leistungspunkte im Master-Studiengang "Nonprofit-Management und Public Governance" nachgewiesen werden können.

(2) Die Bestimmung des Gesamtprädikats ergibt sich aus der Gesamtnote (X), die als gewichtetes Mittel der Teilnoten (X1, X2, X3) nach der Formel:

$$X = 0,75X1 + 0,21X2 + 0,04X3$$

auf die zweite Stelle hinter dem Komma berechnet und auf eine Stelle nach dem Komma gerundet wird.

Die Teilnoten sind:

- die gem. Abs. 3 berechnete Note der Modulprüfungen (Größe X1),
- die Note der Masterarbeit (Größe X2),
- die Note der mündlichen Masterprüfung (Größe X3).

(3) Die Berechnung der Größe X1 für das Gesamtprädikat erfolgt durch die Bildung des einfachen arithmetischen Mittels der Bewertungen aller Modulprüfungen; dabei werden die ersten beiden Stellen nach dem Komma berechnet.

(4) Die Gesamtnote des Studiums bzw. das Gesamtprädikat beträgt bei einem

- Wert bis einschließlich 1,5 sehr gut
- Wert von mehr als 1,5 bis einschließlich 2,5 gut
- Wert von mehr als 2,5 bis einschließlich 3,5 befriedigend
- Wert von mehr als 3,5 bis einschließlich 4,0 ausreichend
- Wert von mehr als 4,0 nicht ausreichend

Das Gesamtergebnis des Studiums wird mit dem Prädikat und der Gesamtnote ausgewiesen. Bei der Gesamtnote wird nur die erste Dezimalstelle nach dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden gestrichen.

(5) Bei überragenden Leistungen (Gesamtnote 1,3 und besser) kann durch Beschluss des Prüfungsausschusses das Gesamturteil "mit Auszeichnung" erteilt werden.

§ 20 Täuschung und Ungültigkeit von Prüfungsleistungen

(1) Ergibt sich während der Masterprüfung, dass sich der Kandidat oder die Kandidatin bei der Anfertigung der Masterarbeit einer Täuschung schuldig gemacht hat, wird die betreffende Prüfungsleistung vom Prüfungsausschuss für "nicht ausreichend" (5,0) erklärt.

(2) Hat der Kandidat oder die Kandidatin bei einer Prüfungsleistung im Rahmen der Masterprüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird die entsprechende Prüfungsleistung vom Prüfungsausschuss für "nicht ausreichend" (5,0) erklärt.

(3) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zur Masterprüfung oder zu Teilen der Masterprüfung gem. § 13 Abs. 2 nicht erfüllt, ohne dass der oder die Betreffende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der fraglichen studienbegleitenden Prüfungsleistung behoben.

(4) Hat der Kandidat oder die Kandidatin vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, dass er oder sie die Masterarbeit schreiben und/oder die mündliche Masterprüfung ablegen konnte, so wird die Masterprüfung insgesamt für "nicht ausreichend" (5,0) erklärt. Dem Kandidaten oder der Kandidatin ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(5) Ein unrichtiges Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die Urkunde über den Erwerb des akademischen Titels "Master of Arts" einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung für "nicht ausreichend" (5,0) erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Abs. 2 ist nach einer Frist von 5 Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen. Für diesen Zeitraum sind die Masterarbeit, die Gutachten und die Prüfungsprotokolle beim für den Studiengang zuständigen Prüfungsamt aufzubewahren.

(6) Eine wegen Täuschungsversuchs im Sinne von Abs. 1, 2 und 4 für "nicht ausreichend" (5,0) erklärte Prüfungsleistung im Rahmen der Masterprüfung kann entsprechend § 5 Abs. 3 grundsätzlich nicht wiederholt werden. Der Prüfungsausschuss kann jedoch in Ausnahmefällen unter Würdigung des Einzelfalls eine einmalige Wiederholungsmöglichkeit einräumen. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss nach vorheriger Anhörung des oder der Betroffenen eine Exmatrikulation von Amts wegen beschließen.

§ 21 Masterzeugnis

(1) Über das bestandene Masterstudium im betriebswirtschaftlichen Master-Studiengang "Nonprofit-Management und Public Governance" stellen die beiden durchführenden Hochschulen ein Masterzeugnis aus.

(2) Das Masterzeugnis enthält

- a) das Gesamtprädikat und in Klammern auch die Gesamtnote des Studiums,
- b) die Bezeichnung der absolvierten Module in der Reihenfolge gem. Anlage 2 und 3 dieser Ordnung sowie die jeweils erzielten Bewertungen (Prädikate),
- c) die Note der Masterarbeit (Prädikat),
- d) die Note der mündlichen Masterprüfung (Prädikat).

(3) Ein Muster des Masterzeugnisses ist als Anlage 2 und 3 Bestandteil dieser Ordnung. Die Studierenden erhalten sowohl ein Zeugnis in deutscher als auch in englischer Sprache.

(4) Das Zeugnis wird von dem Präsidenten oder der Präsidentin der HTW Berlin und von dem Rektor oder der Rektorin der HWR Berlin sowie von dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben und mit den Siegeln beider Hochschulen, die den Master-Studiengang "Nonprofit-Management und Public Governance" durchführen, versehen; es trägt das Datum, an dem mit der mündlichen Masterprüfung die Masterprüfung abgeschlossen worden ist.

§ 22 Masterurkunde

(1) Aufgrund der bestandenen Masterprüfung wird dem Kandidaten bzw. der Kandidatin der akademische Grad "Master of Arts (M.A.)" verliehen. Die Verleihung dieses akademischen Grades wird in der Masterurkunde dokumentiert. Die Urkunde muss erkennen lassen, dass der Master-Grad aufgrund der bestandenen Masterprüfung im betriebswirtschaftlichen Master-Studiengang "Nonprofit-Management und Public Governance" verliehen wird.

(2) Die Urkunde wird von dem Präsidenten oder der Präsidentin der HTW Berlin, von dem Rektor oder der Rektorin der HWR Berlin und von dem oder der Vorsitzenden der Gemeinsamen Kommission unterzeichnet und mit den Siegeln beider Hochschulen, die den Master-Studiengang "Nonprofit-Management und Public Governance" durchführen, versehen; sie trägt das Datum, an dem mit der mündlichen Masterprüfung die Masterprüfung abgeschlossen worden ist.

(3) Zusammen mit dem Masterzeugnis erhalten die Studierenden eine Masterurkunde sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache ausgehändigt. Je ein Muster der Masterurkunde ist als Anlage 4 und 5 Bestandteil dieser Ordnung.

§ 23 Diploma Supplement

(1) Zusätzlich zum Zeugnis ist ein Diploma Supplement in deutscher und englischer Sprache auszustellen. Es folgt in Gliederung und Inhalt den Vorgaben der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz. Je ein Muster des Diploma Supplements ist als Anlage 6 und 7 Bestandteil dieser Ordnung.

(2) Das Diploma Supplement wird von dem oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet.

§ 24 Bescheinigung über nicht bestandene Prüfung

Hat der Kandidat oder die Kandidatin die Masterprüfung nicht bestanden, wird auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten enthält. Die Bescheinigung muss deutlich erkennen lassen, dass die Masterprüfung nicht bestanden ist.

5. Abschnitt Rechtsschutz

§ 25 Einwendungen gegen Leistungsbeurteilungen

(1) Gegen eine Leistungsbeurteilung kann der oder die Studierende bei Nichteinigung mit dem Prüfer oder der Prüferin innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe des Ergebnisses eine schriftliche Einwendung gegen die Beurteilung bei dem oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses erheben. Die Einwendung ist zu begründen.

(2) Der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses leitet die Einwendung den jeweiligen Prüfern oder Prüferinnen zur unverzüglichen schriftlichen Stellungnahme zu. Der Prüfungsausschuss entscheidet unter Berücksichtigung dieser Stellungnahmen umgehend, ob weitere Gutachten eingeholt werden müssen; in diesem Fall erfolgt die Notenfestsetzung nach § 14 Abs. 7.

6. Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 26 Einsichtnahme in Prüfungsakte

Innerhalb von zwei Jahren nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Kandidaten oder der Kandidatin auf Antrag in angemessener Frist die Möglichkeit gegeben, die Bewertung seiner bzw. ihrer Masterarbeit und das Prüfungsprotokoll der mündlichen Masterprüfung einzusehen.

§ 27 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen der HTW Berlin und dem Mitteilungsblatt der HWR Berlin mit Wirkung zum 01.10.2009 in Kraft.

Anlage 1: Prüfungsplan**Prüfungsplan**

Im Master-Studiengang "Nonprofit-Management und Public Governance" sind folgende Prüfungen zu erbringen:

Formen:*

Modulprüfungen:

(M 01) Funktionen und Strukturen des Dritten Sektors in internationaler Perspektive	A, K, M, R, RP
(M 02) Theoretische Grundlagen der Public Governance	A, K, M, R, RP
(M 03) Politikfeldanalyse	A, F, K, M, R, RP
(M 04) Business Planning	A, F, K, M, R, RP
(M 05) Recht für Nonprofit-Manager	A, K, M, R, RP
(M 06) Forschungsmethoden	A, K, M, R, RP
(M 07) Corporate Governance	A, F, K, M, R, RP
(M 08) Personalmanagement und Führung	A, F, K, M, R, RP
(M 09) Marketing und Fundraising	A, F, K, M, R, RP
(M 10) Controlling	A, F, K, M, R, RP
(M 11) Organisations- und Change Management	A, F, K, M, R, RP
(M 12) Fallstudie	A, F
(M 13) Interorganisationales Management	A, F, K, M, R, RP
(M 14) Lobbying und Politische Kommunikation	A, F, K, M, R, RP
(M 15) Rechnungslegung und Finanzmanagement	A, F, K, M, R, RP
(M 16) Verbandsmanagement	A, F, K, M, R, RP
(M 17) Stiftungsmanagement	A, F, K, M, R, RP
(M 18) Projektstudie	A, P

Masterprüfung:

(M 19) Masterarbeit	Schriftliche Masterarbeit
(M 20) Masterseminar/Mündliche Masterprüfung	Mündliche Masterprüfung

***Prüfungsformen (gem. § 8 Abs. 2):**

A	=	Aktive Teilnahme (nur in Verbindung mit F, P, R und RP möglich)
F	=	Fallstudienlösung
K	=	Klausur
M	=	Mündliche Prüfung
P	=	Projektarbeit
R	=	Referat/ Präsentation
RP	=	Research Paper

Anlage 2: Muster des Masterzeugnisses in deutscher Sprache

HTW

Hochschule für
Technik und Wirtschaft
Berlin

(Logo)

HWR

Hochschule für
Wirtschaft und Recht
Berlin

(Logo)

Masterzeugnis

Frau/Herr _____

geboren am _____ in _____

hat das Masterstudium

an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und
an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
im betriebswirtschaftlichen

Master-Studiengang Nonprofit-Management und Public Governance

bestanden.

Gesamtprädikat des Masterstudiums:

_____ (X,X)

Berlin, den _____

<Siegel HTW>

<Siegel HWR>

Der / Die Vorsitzende des
Prüfungsausschusses

Der Präsident / Die Präsidentin
der HTW Berlin

Der Rektor / Die Rektorin
der HWR Berlin

Prof. Dr. Name

Prof. Dr. Name

Prof. Dr. Name

**Masterzeugnis
für Frau / Herrn _____**

Die Leistungen der einzelnen Module werden wie folgt beurteilt:

Funktionen und Strukturen des Dritten Sektors
in internationaler Perspektive
Theoretische Grundlagen der Public Governance
Politikfeldanalyse
Business Planning
Recht für Nonprofit Manager
Forschungsmethoden

Corporate Governance
Interorganisationales Management
Verbandsmanagement
Stiftungsmanagement

Personalmanagement und Führung
Organisations- und Change Management
Controlling
Rechnungslegung und Finanzmanagement
Marketing und Fundraising
Lobbying und Politische Kommunikation

Fallstudie
Projektstudie

Mögliche Leistungsbeurteilungen
"sehr gut", "gut", "befriedigend",
"ausreichend"

Gesamtnote der Modulprüfungen: _____

Mögliches Gesamtprädikat "mit
Auszeichnung", "sehr gut", "gut",
"befriedigend", "ausreichend".

Thema der Masterarbeit:

Bewertung der Masterarbeit: _____

Die Masterprüfung wurde nach der
Prüfungsordnung vom _____
veröffentlicht im
Amtlichen Mitteilungsblatt Nr.
_____ der HTW Berlin vom
_____, abgelegt.

Bewertung der mündlichen Masterprüfung: _____

Anlage 3: Muster des Masterzeugnisses in englischer Sprache

HTW

Hochschule für
Technik und Wirtschaft
Berlin

(Logo)

HWR

Hochschule für
Wirtschaft und Recht
Berlin

(Logo)

Master's Degree

Grade Transcript

This is to certify that

Ms/Mr _____

born on _____ in _____

has passed the degree in

Nonprofit-Management and Public Governance

at the Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin - University of Applied Sciences and the Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin - University of Applied Sciences.

Overall grade achieved in the Master's degree:

_____ (X,X)

Berlin, den _____

<Seal HTW>

<Seal HWR>

Chairman of the
Examination Board

President
of the HTW Berlin

President
of the HWR Berlin

Prof. Dr. Name

Prof. Dr. Name

Prof. Dr. Name

Grade Transcript
for Ms / Mr _____

Grades achieved in degree courses:

Functions and Structure of the Nonprofit Sector
in International Perspective
Theory of Public Governance
Policy Analysis
Business Planning
Law for Nonprofit Managers
Research Methods

Corporate Governance
Interorganizational Management
Management of Membership Organizations and Associations
Management of Foundations

Human Resources Management and Leadership
Organizational and Change Management
Controlling
Accounting and Financial Management
Marketing and Fund Raising
Lobbying and Political Communication

Case Study
Project Study

Possible grades in degree modules:
"very good", "good",
"satisfactory", "sufficient"

Weighted overall mark of courses: _____

Possible overall grades:
"excellent", "very good", "good",
"satisfactory", "sufficient".

Topic of thesis:

Assessment of thesis: _____

The degree examination has been
passed in accordance with the
Examination Standards in effect on
_____ published in
Amtliches Mitteilungsblatt der
HTW (Official Information
Bulletin) No. ____ of _____,

Assessment of oral degree examination: _____

Anlage 4: Muster der Masterurkunde in deutscher Sprache

HTW

Hochschule für
Technik und Wirtschaft
Berlin

(Logo)

HWR

Hochschule für
Wirtschaft und Recht
Berlin

(Logo)

Masterurkunde

Herr/ Frau _____

geboren am _____ in _____

hat die Masterprüfung
im betriebswirtschaftlichen

Master-Studiengang Nonprofit-Management und Public Governance

bestanden.

Aufgrund dieser Prüfung wird ihm/ihr der akademische Grad

» Master of Arts (M.A.) «

verliehen.

Berlin, den _____

<Siegel HTW>

<Siegel HWR>

Der / Die Vorsitzende der
Gemeinsamen Kommission

Der Präsident / Die Präsidentin der
HTW Berlin

Der Rektor / Die Rektorin
der HWR Berlin

Anlage 5: Muster der Masterurkunde in englischer Sprache

HTW

Hochschule für
Technik und Wirtschaft
Berlin

(Logo)

HWR

Hochschule für
Wirtschaft und Recht
Berlin

(Logo)

Master's Degree Certificate

This is to certify that

Mr / Ms _____

born on _____ in _____

has passed the degree examination in

Nonprofit-Management and Public Governance

Based on this examination he / she has been awarded the academic
degree

» **Master of Arts (M.A.)** «

Berlin, _____

<Seal HTW>

<Seal HWR>

Head of the Department
"Public Management"

President
of the HTW Berlin

President
of the HWR Berlin

Prof. Dr. Name

Prof. Dr. Name

Prof. Dr. Name

This certificate has also been issued in the German language.

Anlage 6: Muster des Diploma Supplements in deutscher Sprache

HTW Berlin und HWR Berlin Diploma Supplement - Master Nonprofit-Management und Public Governance -

- 1 Inhaber/
InhaberIn der
Qualifikation**
- 1.1 Familienname
- 1.2 Vorname
- 1.3 Geburtsdatum
- Geburtsort
- Geburtsland
- 1.4 Matrikelnummer
- 2 Qualifikation**
- 2.1 Bezeichnung der Qualifikation ausgeschrieben
Master of Arts
- abgekürzt
M.A.
- Bezeichnung des Titels (ausgeschrieben und abgekürzt)
Master of Arts (M.A.)
- 2.2 Hauptstudienfach oder -fächer für die Qualifikation
Nonprofit-Management und Public Governance
- 2.3 Name der Einrichtung, die die Qualifikation verliehen hat
Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW) und
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR)
- Fachbereich
Fachbereich 3 (HTW) und
Fachbereich 3 (HWR)
- Status Typ/Trägerschaft)
Fachhochschule (FH)
University of Applied Sciences
Status Trägerschaft

staatlich

2.4 Name der Einrichtung, die den Studiengang durchgeführt hat
siehe 2.3

2.5 Im Unterricht / in der Prüfung verwendete Sprache(n)
Deutsch

3 Ebene der Qualifikation

3.1 Ebene der Qualifikation

Postgradualer berufsqualifizierender Hochschulabschluss nach einem abgeschlossenen Bachelor- oder Diplomstudiengang (siehe Abschnitte 8.1 und 8.4.2) inklusive einer Masterarbeit

3.2 Dauer des Studiums (Regelstudienzeit)

Regelstudienzeit: 4 Semester (2 Jahre)

Workload: 3.600 h

Semesterwochenstunden: 126

Leistungspunkte nach ECTS: 120

davon für eine Masterarbeit 25 LP und für ein Seminar mit mündlicher Masterprüfung 5 LP.

3.3 Zugangsvoraussetzung(en)

- Bachelor of Arts (B.A.) im Studiengang Public Management (Öffentliches Dienstleistungsmanagement) oder Bachelor of Arts oder Diplom (FH) in ähnlichen Studiengängen oder ausländisches Äquivalent und

- spezielle Auswahlkriterien und

- Kenntnisse der englischen Sprache auf der Niveaustufe B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für fremdsprachliche Kompetenz ("GER B2")

4 Inhalt und Prüfungsergebnisse

4.1 Studienform

Vollzeitstudium, Präsenzstudium

4.2 Anforderungen des Studienganges/Qualifikationsprofil des Absolventen/der Absolventin

Der Master-Studiengang baut als konsekutiver Studiengang auf dem Bachelor-Studiengang "Public Management (Öffentliches Dienstleistungsmanagement)" auf und vermittelt primär vertiefte betriebswirtschaftliche Kenntnisse, die den institutionellen Besonderheiten von privaten und halbstaatlichen Nonprofit-Organisationen als Träger öffentlicher Aufgaben und deren interner und externer Steuerung Rechnung tragen.

Das Curriculum ist konsequent auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen und Professionalisierungserfordernisse ausgerichtet, die sich für Nonprofit-Manager und -Managerinnen aus veränderten Wettbewerbs-, Finanz- und Steuerungssituation im öffentlichen und Dritten Sektor ergeben. Die Notwendigkeit der verantwortlichen Gestaltung und Steuerung neuer, organisations- und sektorübergreifender institutioneller Arrangements zur effektiven und effizienten Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben erfordert die im Master-Studiengang "Nonprofit-Management und Public Governance" gebotene stark interdisziplinäre Ausbildung, die – von ihrem wissenschaftlichen Anspruch her – dem Niveau vergleichbarer Ausbildungsgänge an Universitäten entspricht.

Die Absolventen und Absolventinnen verfügen neben einem einschlägig vertieftem Fachwissen und weiter ausgebildeten sozialen Kompetenzen über analytische Fähigkeiten, um so in komplexen Zusammenhängen denken und argumentieren zu können. Durch ihre Fähigkeit zur selbstständigen wissenschaftlichen Arbeit und zur selbstständigen Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse sind sie in der Lage, Praxisprobleme im Nonprofit-Management zu strukturieren, diese Probleme selbstständig, kreativ und

kompetent zu lösen und unterschiedliche Lösungen hinsichtlich ihrer möglichen wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen, ökologischen und ethischen Implikationen und Konsequenzen kritisch zu reflektieren. Der Studiengang trägt auch dazu bei, Forschungskompetenz aufzubauen und verantwortungsbereite und –bewusste Persönlichkeiten zu entwickeln, die sich ihrer beruflichen Aufgabe im Spannungsfeld unterschiedlicher Rationalitäten mit großem persönlichen Engagement und ausgeprägter Sensibilität für politische Prozesse, unterschiedliche fachliche Sichtweisen Perspektiven und Gemeinwohlbelange widmen.

Die Absolventen und Absolventinnen sind qualifiziert, anspruchsvolle funktionale Expertenaufgaben (z.B. in den Bereichen Controlling, Marketing oder Organisation und Personal) wahrzunehmen und in Positionen des höheren Managements zu arbeiten, insbesondere in Nonprofit-Organisationen und in öffentlichen Verwaltungen mit Governance-Funktionen aber auch im privaten Dienstleistungsmanagement. Ferner sind die Absolventen des Studiengangs auch für eine Beratungstätigkeit im Bereich "Nonprofit-Management und Public Governance" qualifiziert.

Studienzusammensetzung:

obligatorisches Kernstudium: 90 LP

darunter Module mit:

- funktionsbezogenen und funktionsübergreifenden Betriebswirtschafts- und Management-Kompetenzen (45%)
- interdisziplinären und institutionellen Spezifika des Verbands- und Stiftungsmanagements (11%)
- politik-, verwaltungs- und rechtswissenschaftlichen Kompetenzen (27%)
- theoretischen und praktischen Kompetenzen im Bereich des Wissenstransfers und der Wissensgenerierung (17%)

Masterarbeit: 25 LP

Masterseminar/Mündliche Masterprüfung: 5 LP

4.3 Einzelheiten zum Studiengang

Siehe "Masterzeugnis" mit Details zu den zu absolvierenden Modulen und zum Thema der Masterarbeit inklusive der Benotungen.

4.4 Grading Scheme | Notensystem und Hinweise zur Vergabe von Noten

Note (i.v.H. *)	Prädikat	Bewertung	Grading Scheme	
1,0 (≥ 90%)	sehr gut	eine hervorragende Leistung	A	very good
2,0 (≥ 75%)	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt	B	good
3,0 (≥ 60%)	befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht	C	satisfactory
4,0 (≥ 50%)	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt	D	sufficient
5,0 (< 50%)	nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt	F	fail

*) der erreichbaren Punktzahl

Zusammensetzung des Gesamtprädikats:
75 % Modulnoten
21 % Masterarbeit
4 % Masterseminar/Mündliche Masterprüfung

4.5 Gesamtnote
--- Abschlussprädikat (ungerundete Abschlussnote) ---

5 Funktion der Qualifikation

5.1 Zugang zu weiterführenden Studien
Der Abschluss berechtigt zur Aufnahme eines Promotionsstudiums; die jeweilige universitäre Zulassungsordnung kann zusätzliche Voraussetzungen festlegen (s. Abschnitt 8).

5.2 Beruflicher Status
Der Abschluss eröffnet den Zugang zu einer Angestelltenposition im Öffentlichen Sektor (vergleichbar der Laufbahn des höheren Dienstes).

6 weitere Angaben

6.1 Weitere Angaben
Akkreditiert durch ACQUIN, Akkreditierungs-, Zertifizierungs- und Qualitätssicherungsinstitut e.V.

6.2 Informationsquellen für ergänzende Angaben
Hochschulen: <http://www.htw-berlin.de>
<http://www.hwr-berlin.de>
Studiengang: <http://puma-berlin.de>
<http://www.f3.htw-berlin.de/studium/studium.html>

7 Zertifizierung

Ort/Datum der Ausstellung
Berlin

Dieses Diploma Supplement bezieht sich auf:
Masterurkunde
Masterzeugnis

Certifying Official
Official Post

Stempel/Unterschrift

Prof. Dr. Vorname Nachname
Prüfungsausschussvorsitzender

Anlage 7: Muster des Diploma Supplements in englischer Sprache

HTW Berlin und HWR Berlin Diploma Supplement

- Master of Nonprofit Management
and Public Governance -

**1 Holder of the
Qualification**

1.1 Family Name

1.2 First Name

1.3 Date of Birth

Place of Birth

Country of Birth

1.4 Student ID Number or Code

2 Qualification

2.1 Name of Qualification

Master of Arts

abbreviated

M.A.

Title Conferred

Master of Arts (M.A.)

2.2 Main Field(s) of Study

Nonprofit-Management and Public Governance

2.3 Institution Awarding the Qualification

Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW) und
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR)

Section

Fachbereich 3 (HTW) and
Fachbereich 3 (HWR)

Status (Type/Control)

Fachhochschule (FH)
University of Applied Sciences
State institution

2.4 Institution Administering Studies
see 2.3

2.5 Language(s) of Instruction/Examination
German

3 Level of the Qualification

3.1 Level of the Qualification

Postgraduate university degree subsequent to completed bachelor or diploma course (see sections 8.1 and 8.4.2), includes a master's thesis. Qualifies graduates for an occupation.

3.2 Official Length of Programme

Duration of programme: 4 semesters (2 years)

Workload: 3.600 h

SWS hours: 126

ECTS credit points: 120

25 cp of which are for the master's thesis and 5 cp of which are for an oral master's examination.

3.3 Access Requirements

- Bachelor of Arts (B.A.) in Public Management (Öffentliches Dienstleistungsmanagement) or Bachelor of Arts or Diploma (FH) in a comparable course of study or foreign equivalent and
- Special selection criteria and
- English language skills equivalent to Level B2 of the Common European Framework of Reference for Languages ("CEF B2")

4 Contents and Results gained

4.1 Mode of Study

Full-time, regular

4.2 Programme Requirements/Qualification Profile of the Graduate

The master's programme builds on the "Public Management" bachelor's programme as a consecutive course thereto. It imparts primarily advanced business administration skills of significance with respect to the institutional qualities specific to private and semi-public nonprofit organizations that are responsible for carrying out public functions and with respect to the internal and external supervision of such organizations.

The curriculum is structured in a consistent and targeted fashion to address the current and future challenges and the increasing demand for professionalization that nonprofit managers are facing in the public and third sectors, sectors confronting changes with respect to issues of competition, financing and administration. There is a genuine need for the responsible design and supervision of new institutional arrangements that extend beyond organizational and sectoral limits and that are capable of promoting the effective and efficient performance of public functions. This requires the strongly inter-disciplinary style of training provided in the "Nonprofit Management and Public Governance" programme, which – with respect to its academic standards – corresponds to the level of comparable programmes of study at academic universities.

In addition to an appropriately advanced level of discipline-specific knowledge and advanced training in social competence, the programme's graduates possess analytical abilities that allow them to think and argue clearly in complex situations. Their ability to perform inde-

pendent scientific work and to apply scientific knowledge independently enables them to structure problems in the field of nonprofit management, resolve those problems on their own with creativity and competence, and evaluate different options critically and rationally with respect to their potential economic, political, social, environmental, and ethnic implications and consequences. The programme also contributes to the enhancement of students' research skills. It helps develop responsible and self-aware personalities that are capable of bringing a high level of personal engagement and a highly developed perceptivity for political processes, a range of technical perspectives and common welfare issues to their professional activities, in the context of differing rationalities. Programme graduates are qualified to perform sophisticated specialized professional activities (e.g., in the areas of controlling, marketing or organization and personnel) and to work in upper management positions, particularly within nonprofit organizations and in public administration with governance functions, but also in private service management. They are also qualified for consulting activities in the field of "Nonprofit Management and Public Governance".

Programme structure:

Compulsory core programme: 90 cp

Composed of modules with:

- both function-specific and cross-functional business administration and management skills (45%)
- interdisciplinary and institutional features specific to association and foundation management (11%)
- political science, administration and legal skills (27%)
- theoretical and practical skills in the area of knowledge transfer and knowledge generation (17%)

Master's thesis: 25 cp

Master's seminar/oral examination: 5 cp

4.3 Programme Details

See the "Master's Certificate" for the details concerning modules to be completed and the topic of the master's thesis, including its assessment.

4.4 Grading Scheme

Grade (as %*)	Assessment		Grading Scheme	
1.0 (≥ 90%)	sehr gut	excellent performance	A	very good
2.0 (≥ 75%)	gut	performance considerably exceeding the average standard	B	good
3.0 (≥ 60%)	befriedigend	performance corresponding to the average standard	C	satisfactory
4.0 (≥ 50%)	ausreichend	performance sufficient to standard despite some errors	D	sufficient
5.0 (< 50%)	nicht ausreichend	performance not up to standard due to significant errors	F	fail

*) of total possible points

Composition of the overall assessment:
75 % module grades
21 % master's thesis
4 % master's seminar/oral examination

4.5 Overall Classification (in original language)
--- Abschlussprädikat (ungerundete Abschlussnote) ---

5 Function of the Qualification

5.1 Access to Further Study

Completion of the degree qualifies the graduate to admission in a doctoral programme; universities may define additional requirements in the relevant Admission Rules (Zulassungsordnung) (see Section 8).

5.2 Professional Status

Completion of the degree opens the way to public sector employment (comparable with a career in the senior civil service).

6 Additional Information

6.1 Additional Information

Accredited by ACQUIN, Akkreditierungs-, Zertifizierungs- und Qualitätssicherungsinstitut e.V.

6.2 Further Information Sources

Universities: <http://www.htw-berlin.de>
<http://www.hwr-berlin.de>

Programme: <http://puma-berlin.de>
<http://www.f3.htw-berlin.de/studium/studium.html>

7 Certification

Place/Date of Certification
Berlin

This Diploma Supplement refers to the following original documents:

Master's Diploma
Master's Certificate

Certifying Official
Official Post

Seal/Signature

Prof. Dr. First Name Family Name
Head of the Examination Board